

## PENSIONSERHÖHUNG Nicht genügend

Seite 2-3

Die Herbsttage laden zum Wandern und zum Genießen der letzten warmen und sonnigen Tage ein.

Nicht nur die Weststeiermark zeigt sich von ihrer besten Seite. Wer Maroni mag, kommt jetzt auf seine Kosten.



**Wohnen darf nicht *arm* machen.**

www.kpoe-steiermark.at



**KPO**

Claudia Klimt-Weithaler

ZITIERT

„Die öffentlich ausgeteilte Watschn ist heftig und blamabel für die steirischen Provinzakteure – aber verdient und nachvollziehbar.“ Michael Smejkal zum Aus für die Grazer Olympiabewerbung. Salzburger Nachrichten, 7. Juli 2018

„Bei uns gibt es keine linke Partei, das ist das einzige Problem. Wie herrlich wäre eine kommunistische Partei, die nur dafür steht, dass es den Menschen gut geht. Damit ich nicht Rot wählen muss, wähle ich kommunistisch. Sie bräuchten ja nicht viel Macht. Sie müssen nur da sein.“ Erwin Steinhauer, Schauspieler und Kabarettist in NEWS, 31. Juli 2018



„Man kann sagen, die FPÖ ist genau das, was die Parteileitung seit Ewigkeiten an SPÖ und ÖVP kritisiert: eine System- und Funktionärspartei klassischen Zuschnitts.“ Maria Nakovits, Ex-FP-Gemeinderätin, Neusiedl am See. OE24, 7. August 2018

„Die Pläne dieser Regierung bekommen nicht nur die Flüchtlinge zu spüren, sondern bald auch ärmere Österreicher.“ Wolfgang Ambros, Süddeutsche Zeitung, 6. August 2018

„Nur gemeinsam können die Menschen in Lettland die ernstesten Herausforderungen meistern – die Abwanderung junger Menschen, wirtschaftliche Rückständigkeit, Armut. Es ist notwendig, die Politik der ethnischen Spaltung der Gesellschaft, der Entfremdung, des Hasses und der Suche nach inneren Feinden zu stoppen.“ Die Bündnispartei „Harmonie“ war die Wahlgewinnerin in Lettland.

# Pensionen werden immer

## Regierungsschwindel bei Pensionen

**Der Pensionschmäh läuft schon wieder: Die Regierung lobt sich selbst für die Erhöhung von 2,6 Prozent. Dabei steigen die Preise für den täglichen Bedarf um 5,5 Prozent! Landtagsabgeordnete Claudia Klimt-Weithaler (KPÖ): „Unsere Pensionen werden immer weniger wert. Was Kurz und Strache als Erfolg für die ältere Generation verkaufen wollen, ist eine Mogelpackung!“**

### Die Fakten

Pensionisten mit einer Pension bis zu 1.115 Euro erhalten 2,6% Erhöhung. Von 1.115 bis 1500 Euro gibt es eine Einschleifregelung von 2,6% herunter auf 2%. Von 1.500 bis 3.402 Euro beträgt die Erhöhung nur mehr 2%. Bei mehr als 3.402 Euro gibt es einen Sockelbetrag von 68 Euro im Monat. Das alles sind Bruttobeträge.

2019 gibt es für kleine Pensionen eine Erhöhung um 2,6 Prozent, das gilt aber nur für die kleinsten Pensionen. Die Regierung stellt das als eine soziale

Wohltat dar. Dabei verschweigt sie, dass die offizielle Inflationsrate schon längst bei 2,2 Prozent liegt. Der Wocheneinkaufskorb ist sogar um 5,5 Prozent gestiegen. Lebensmittel, Energie, Zug und Bus und das Wohnen werden immer teurer.

Claudia Klimt-Weithaler: „Die Forderung des Zentralverbandes der Pensionisten nach 4% für alle Pensionen und zumindest einen Sockelbetrag von 64 Euro für Pensionen unter 1.600 Euro wäre gerecht gewesen. Als Vergleich

könnte man heranziehen, dass bei den 1,1 Millionen Pensionen bis 1.115 Euro 80% Frauen betroffen sind, deren Erhöhung für 2019 unter 29 Euro liegen wird, was nicht einmal die Hälfte des für die Höchstpensionen beschlossenen Sockelbetrages von 68 Euro ausmacht. Die Diskriminierung der Frauen in Berufsleben und Pension wird damit fortgeschrieben.“

Es ist eine traurige Tatsache, dass die Pensionistenverbände von VP und FP diese Minierhöhung auch noch loben. Dabei wurde der überparteiliche Seniorenrat vor der Regierungsentcheidung nicht einmal gefragt.

Claudia Klimt-Weithaler: „Schwarz-Blau hat schnell gelernt, wie man den Pensionschmäh



## Teure Politiker

**Österreichs Politiker haben europaweit Spitzen-einkommen. LAbg. Werner Murgg (KPÖ): „Politik entfernt sich mit Bezügen immer weiter von Arbeits-einkommen“**

Mit 1.1.2019 werden die Bezüge der Politikerinnen und Politiker wieder automatisch ansteigen, sollte die Regierung nicht darauf verzichten. Die Erhöhung beträgt zwei Prozent. Der Bundeskanzler bekommt monatlich künftig 25.381,60 Euro brutto (plus 497,70 Euro).

### Funktion – Gehalt ab 1.1.2019

brutto monatlich, 14 mal, sofern der Nationalrat die Erhöhung nicht aussetzt

Landeshauptmann .....	€ 16.968,70
Landeshauptmannstellvertreter .....	€ 16.075,58
Mitglied der Landesregierung .....	€ 15.182,50
Erste Landtagspräsidentin .....	€ 12.056,69
Klubobmann/Klubobfrau Landtag .....	€ 11.163,60
Abgeordnete zum Landtag .....	€ 5.805,07

Die KPÖ Mandatarinnen und Mandatare verwenden den Großteil ihrer für die Unterstützung von Steirerinnen und Steirern in Notlagen.

„Die Bezüge der Politikerinnen und Politiker haben sich in den

letzten Jahren noch weiter von den Einkommen der Bevölkerung entfernt. Bei den Polit-Bezügen sollte es ein nachvollziehbares Verhältnis zu einem durchschnittlichen Arbeitseinkommen geben“, so KPÖ-LAbg. Werner Murgg.

# r weniger wert

einsetzt. Im Grunde genommen wird die Kaufkraft der Pensionen von Jahr zu Jahr niedriger. Es gibt keinen Grund, dass sich ÖVP und FPÖ wegen einer Erhöhung unter der Inflationsrate auf die Schulter

klopfen. Der tägliche Einkauf wird nach offiziellen Angaben um 5,5 Prozent teurer. Aber die Politiker haben schon lange vergessen, wie die Mehrheit der Bevölkerung lebt.“

## Schauplatz Wohnungsnot



**Miete, Kautions, Provision – eine Wohnung kostet schon viel Geld, bevor man überhaupt einziehen kann. Immer mehr Menschen können sich eine normale Wohnung nicht mehr leisten. Viele landen deswegen als Dauermieter in billigen Pensionen, die oft regelrechte Absteigen sind.**

**Die ORF-Sendung „Am Schauplatz“ im Sommer zeigte auf, wohin die Preistreiber bei Wohnungen führt.**

Die Mieten steigen, weil die Spekulation den Wohnungsmarkt beherrscht und mit Wohnraum viel Geld verdient werden kann. Auf eine Wohnung kann man nicht verzichten.

Die KPÖ fordert ein neues Mietrecht: Befristungen sollen abgeschafft und Mietzinsobergrenzen eingeführt werden.

Mieter und Wohnungssuchende müssen entlastet werden! Maklerprovisionen sollen künftig vom Vermieter bezahlt werden.

Stadträtin Elke Kahr: „Es ist fünf Minuten nach zwölf. Wenn wir nicht endlich Mietobergrenzen einführen und den Mieterschutz wieder ausweiten, anstatt ihn zurückzudrängen, werden wir besonders in den Ballungsräumen bald Probleme haben, die wir uns lieber nicht wünschen sollten. Die schwarz-blaue Regierung soll

endlich für die Menschen und nicht für Banken und Konzerne arbeiten!“

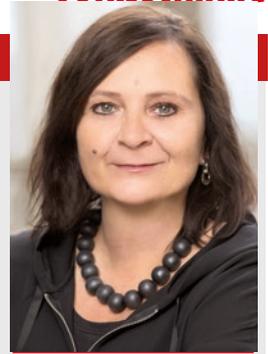
Die KPÖ wird sich bemühen, dass der Wohnbau nicht Anlage- und Spekulationsobjekt ist. Es geht darum, den Menschen ein Dach über dem Kopf zu geben, das sie sich leisten können.

**Die Mieten für Neuverträge in Österreich sind von 2008 bis 2016 um 35 Prozent gestiegen, im städtischen Raum sogar um 43 Prozent. Die Löhne haben sich im selben Zeitraum nur um 22 Prozent erhöht, die Inflation lag bei 14 Prozent. Für junge Menschen, Familien und Wohnungssuchende wird es immer schwieriger, ein leistbares Dach über dem Kopf zu finden.**

LAbg. Claudia Klimt-Weithaler

**KPÖ** im Landtag

## „Gold plating“: Soziale Rechte in Gefahr



Die Bundesregierung will Gesetze auf die Übererfüllung von EU-Mindeststandards, auch „Gold Plating“ genannt, prüfen. Damit wird ein Versprechen gebrochen, das der österreichischen Bevölkerung vor der Abstimmung über den Beitritt zur EU gemacht wurde. Damals hat es geheißen: Wo österreichische Standards besser sind als in der EU, bleiben die österreichischen Regelungen erhalten.

Die „Gold-Plating-Debatte“ ist ein Vorwand, um soziale und Umweltstandards auszuhebeln, wenn sie über dem absoluten Minimum der Europäischen Union liegen – wo solche überhaupt festgeschrieben sind. Denn anders als bei den Rüstungsausgaben gibt es in den EU-Verträgen keine Verpflichtung, die Ausgaben für Bildung, Soziales und Gesundheit zu erhöhen – im Gegenteil: Die Praxis zeigt, dass die Mitgliedsstaaten nicht zuletzt aufgrund des Fiskalpakts gezwungen sind, öffentliche Ausgaben dafür immer weiter einzuschränken.

Dass es der Bundesregierung in Wahrheit um Sozialabbau geht,

zeigt auch ein Antrag der FPÖ in der Steiermark, in dem das Sozialversicherungswesen als Beispiel für eine „Übererfüllung von EU-Standards“ genannt wird.

Selbstverständlich gibt es auch Beispiele für sinnlose, überschießende Erfüllung von EU-Bestimmungen, z.B. die in der Steiermark eingeführte Verpflichtung, sämtliche Liftanlagen in Wohnhäusern ab einem gewissen Alter nachzurüsten. Dadurch sind tausende Haushalte mit enormen Kosten konfrontiert. Die dem Gesetz zugrundeliegende EU-Norm ist nur eine unverbindliche Empfehlung aus dem Jahr 1995, kein zwingendes EU-Recht.

In dieser Scheindebatte geht es nicht um die Übererfüllung von EU-Vorgaben. Kurz und Strache wollen Stimmung machen, um das Sozialsystem zu entsorgen. Der Maßstab für Gesetze muss eine soziale und umweltgerechte Entwicklung unseres Landes sein, nicht die Über- oder Untererfüllung von EU-Regelungen.

LAbg. Claudia Klimt-Weithaler  
Tel. 0316 / 877 5104  
ltk-kpoe@stmk.gv.at



KLEIN, aber MIT BISS

Die FP vergisst in der Regierung ihre Wahlversprechen. Wenn das Alzheimer ist, sollte man sie in ein Pflegeheim einweisen.

# Krankenkassen-Zusammenlegung: Politische Umfärbung und Entmachtung der Versicherten

**Die KPÖ-Abgeordnete Claudia Klimt-Weithaler fordert von der Bundesregierung eine Garantie, dass es bei der Zusammenlegung von Kassen nicht zu einer Leistungskürzung kommt oder dass neue Selbstbehalte eingeführt werden.**

Die sogenannte Kassenreform ist einer der größten Angriffe der schwarz-blauen Bundesregierung auf das österreichische Sozialsystem. Was der Bevölkerung als Vereinfachung verkauft wird, ist die weitreichendste sozialpolitische Umwälzung in der Geschichte der Zweiten Republik. Die Sozialversicherung verwaltet ca. 60 Milliarden Euro im Jahr.

## Entmachtung von Arbeitern und Angestellten

Die neun Landeskassen werden zu einer Österreichischen Gesundheitskasse (ÖGK) mit Sitz in Wien fusioniert. Die Gebietskrankenkassen sind künftig „Landesstellen“ und verlieren ihre Budgethoheit. Mit der Zentralisierung der Krankenversicherung wird die Zentrale in Wien künftig über eine enorme Machtfülle verfügen, es geht um mehr als 60 Milliarden Euro pro Jahr. Auch kleinere Kassen werden zusammengelegt.

Bei den Krankenversicherungen geht es FPÖ und ÖVP politisch vor allem um die Aushöhlung der Selbstverwaltung. Selbstverwaltung bedeutet, dass die Kassen von Vertretern der Versicherten und ihrer Dienstgeber verwaltet werden, die etwa von den Kammern entsendet werden. Eingriffe in dieses System wurden bereits 2003 von der ersten schwarzblauen Bundesregierung vorgenommen. Das hängt damit zusammen, dass der Großteil der Sozialversicherungs-

beiträge – ca. 90 Prozent – aus den Beiträgen der Arbeiter und Angestellten stammt. Deshalb wurde die Sozialversicherung früher vor allem von deren Vertretung verwaltet. Seither leitet die ÖVP-dominierte Wirtschaftskammer den Hauptverband.

## Minister mit Verbindungen zu Versicherungsindustrie

Durch die Umwandlung der Gebietskrankenkassen in Landesstellen wird eine neue Ebene eingeführt. Das widerspricht den Beteuerungen, es ginge um Einsparungen bei der Verwaltung.

Die Verwaltungskosten der Sozialversicherung lagen 2016 bei zwei Prozent (1,21 Milliarden Euro Verwaltungsaufwand bei 60,12 Milliarden Euro Gesamtaufwand). Im Jahr 1995 lagen sie noch bei 2,9 Prozent. Im privaten Versicherungswesen sieht es ganz anders aus, die Verwaltungskosten betragen dort 15 bis 30 Prozent.

Finanzminister Hartwig Löger kommt aus der privaten „Zusatzversicherungs“-Branche kommt. Löger war vor seiner Laufbahn als Minister Vorstandsvorsitzender des Versicherungskonzerns UNIQA Österreich. Die private Gesundheitsversicherung nannte er in seiner damaligen Funktion in einem Interview im Jahr 2016 das „Kerngeschäft“ seines Konzerns. In diesem Bereich sehe er eine „große Nachfrage“. Jetzt ist er in der Position, die Nachfrage zu erhöhen. Etwa durch die Einschränkung der Leistungen der öffentlichen Sozialversicherungsanstalten.

## Posten und Einfluss

Der Bundesregierung geht es nicht ums „Sparen“. Es geht um



politische Umfärbung. Künftig soll ein Drittel der Vertreter von der Bundesregierung in die Kassen entsandt werden. So will sich vor allem die FPÖ neue Posten und die ÖVP noch mehr Einfluss auf die Gelder der Sozialversicherten verschaffen. Wer das Sagen in der Sozialversicherung hat, bestimmt auch über die Leistungen. Die Sozialversicherungen sind der größte nicht gewinnorientierte Bereich in Österreich. Das ist vielen in der ÖVP und in der FPÖ ein Dorn im Auge. Denn die privaten Versicherer stehen schon Schlange, um ein Stück des Kuchens abzubekommen: Privatspitäler, Versicherungs- und Gesundheitskonzerne träumen von einem Milliardengeschäft. Die Kassen werden aber nicht klingeln, so lange das öffentliche Gesundheitssystem funktioniert und umfangreiche Leistungen anbietet – auch wenn diese natürlich immer ausbaufähig sind. Deshalb soll es ausgehöhlt und geschwächt werden, um privaten „Anbietern“ den Boden zu bereiten. So machte sich etwa FPÖ-Chef Strache persönlich dafür stark, dass die Privatklinik Vienna International Medical Clinic (VIMC) künftig aus dem öffentlichen Versicherungssystem finanziert wird.

## Umfärbung

Besonders schwierig wird durch die Fusionierung der Gebietskrankenkassen für die künftige Österreichische Gesundheitskasse (ÖGK). Dort wird der weitaus größte Teil der Menschen

in Österreich versichert sein. Ohne Leistungskürzungen, schlechteren Zugang zur Versorgung und ohne Selbstbehalte werden die in Aussicht gestellten Einsparungen nicht möglich sein. Es besteht die Gefahr, dass die Regierung eine Selbstbehalt, wie er in anderen Kassen bereits existiert, durchboxt.

Die künftige Organisation der Krankenkasse sorgt für einen überproportionalen Einfluss der ÖVP. Dass Hyper-Funktionär und Wirtschaftskammerchef Mahrer als Obmann einer der fünf Versicherungen kolportiert wird, dürfte mehr als ein Scherz sein.

Darüber hinaus ist geplant, auch die Beschickung der Generalversammlung zugunsten der ÖVP zu ändern.

## Protest gegen Selbstbehalte?

Claudia Klimt-Weithaler (KPÖ): „Unser Gesundheitssystem ist bei FPÖ und ÖVP in schlechten Händen. Beide Parteien sind der privaten Gesundheitsindustrie verpflichtet und haben es nun in der Hand, Leistungen zu kürzen und neue Selbstbehalte einzuführen.“ Eine Vereinheitlichung der Leistungen über alle Träger hinweg kann nur Einsparungen bringen, wenn alle Versicherung auf das unterste Niveau gebracht werden. Zu Einschnitten wird es mit Sicherheit kommen, denn die Regierung hat den Unternehmen versprochen, deren Beiträge zur Sozialversicherung ab 2020 zu senken. Das wird weitreichende





Folgen für einen Großteil der Bevölkerung haben.

### KPÖ für Verschlechterungsverbot

Die KPÖ fordert von der Landesregierung, sich für ein Verschlechterungsverbot für alle Versicherten auszusprechen. Dieses soll für die gesetzliche Sozial- und Unfallversicherung

gelten. Es umfasst die Erhöhung von Beiträgen für unselbständig Beschäftigte, die Einschränkung von Leistungen für die Versicherten und die Einführung eines möglichen Selbstbehaltes. Klimt-Weithaler: „Wenn die Regierung wirklich nur bei der Verwaltung sparen will, soll sie eine Garantie dafür abgeben, dass es für die Versicherten zu keinen Verschlechterungen kommt!“

## Gesundheit und Pflege nicht dem „freien Markt“ überlassen!

**Ärztmangel, Krankenhausschließungen, Zwei-Klassen-Medizin. Wie kann die Politik auf die Krise des Gesundheitssystems reagieren?**

Gesundheit wird in der Steiermark zu einem drängenden Problem. Die Sparwut der Bundes- und Landesregierung hat sich als falscher Weg herausgestellt. Doch was tun? Robert Krotzer, Stadtrat für Gesundheit und Pflege in Graz, und KPÖ-Landtagsabgeordnete Claudia Klimt-Weithaler stellten im September das neu erschienene Gesundheitsprogramm der steirischen KPÖ mit dem Titel „**So retten wir unser Gesundheitssystem**“ vor. Darin will die KPÖ Antworten auf die drängenden Fragen des Gesundheitswesens geben.

*Sowohl im Bund als auch seitens der Landesregierung spricht man von „Reformen“ – was steckt hinter diesen Plänen?*

**Robert Krotzer:** Während die Bundesregierung mit ihren angeblichen „Reformplänen“ an den tragenden Säulen des österreichischen Sozialsystems rüttelt, spricht der steirische Gesundheitslandesrat von einem drohenden Pflegenotstand. Das Gesundheitssystem braucht Veränderungen, das ist klar. Was im Land geplant ist, bringt aber für Patientinnen und Patienten viele Verschlechterungen, ebenso für das Personal in den Spitälern. Das ist nicht der Weg, den wir gehen wollen.

*Gibt es einen Ausweg aus dieser Misere?*

**Klimt-Weithaler:** Ziel jeder Reform muss eine Verbesserung für die Bevölkerung sein. Deshalb dürfen Gesundheit und Pflegen nicht dem ‚freien Markt‘ überlassen werden, wo Zahlen mehr Wert beigemessen wird, als Menschen.

**Krotzer:** In unserer Broschüre ‚So retten wir unser Gesundheitssystem‘ hat die KPÖ das Gesundheitssystem genau unter die Lupe genommen. Wir zeigen darin auf, was gut läuft, aber auch, wo die Probleme liegen. Und wir machen konkrete Lösungsvorschläge. Uns ist dabei wichtig: Die Kosten für das Gesundheitssystem steigen, aber sie sind nicht explodiert! Der Zugang zu hochwertiger medizinischer Versorgung, unabhängig vom Einkommen, muss also oberstes Ziel bleiben.



Robert Krotzer und Claudia Klimt-Weithaler von der KPÖ

*Gesundheitspolitik ist eines der bestimmenden Themen der nächsten Jahrzehnte. Wie macht sich die Krise des Gesundheitswesens bemerkbar?*

**Claudia Klimt-Weithaler:** „Lieber reich und gesund als arm und krank“, sagt der Volksmund. Wer nicht zusatzversichert ist, hat zunehmend Schwierigkeiten, wichtige Behandlungen in zumutbarer Zeit in Anspruch nehmen zu können. In der Steiermark wird die Hälfte der öffentlichen Spitäler geschlossen, während sich in den ländlichen Regionen ein massiver Ärztemangel bemerkbar macht.



**Retten wir unser Gesundheitssystem:** Die Broschüre ist als PDF unter <https://tinyurl.com/Gesundheit-KPOE> online abrufbar. Bestellung im Landtagsklub der KPÖ, Herrngasse 16, 8010 Graz, Tel. 0316/877-5104 bzw. unter [ltk-kpoe@stmk.gv.at](mailto:ltk-kpoe@stmk.gv.at)



# 12-Stunden-Tag: SPÖ blamiert sich im steirischen Landtag

**SPÖ demonstrierte gegen 12-Stunden-Tag, drei Tage später stimmte sie Antrag dagegen nieder**

„Der Landtag Steiermark spricht sich gegen die Änderungen des Arbeitszeitgesetzes und des Arbeitsruhegesetzes durch die Bundesregierung aus.“ – Diesen Antrag der KPÖ lehnte die SPÖ am 3. Juli im steirischen Landtag ab, nachdem sie am Samstag zuvor gegen den 12-Studentag auf die Straße gegangen war. Das Verhalten der Landes-SPÖ sorgte wochenlang für Kopfschütteln.

Nach einer Wortmeldung, in der KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler den 8-Stunden-Tag verteidigte und um Zustimmung der SPÖ warb, meldete sich SPÖ-Klubobmann Hannes Schwarz zu Wort. In seinem

Redebeitrag begründete der Sozialdemokrat die Ablehnung mit den Verpflichtungen als ÖVP-Koalitionspartner. Zuvor wurden aber noch der Spanische Bürgerkrieg und die „Eisenstädter Erklärung“ bemüht.

KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler sagte nach der Abstimmung: „Die SPÖ inszeniert sich mit einer teuren Werbekampagne als Gegenpol zur schwarz-blauen Bundesregierung. Sie traut sich aber nicht einmal, im Landtag für ihre eigenen Forderungen einzutreten. Das Abstimmungsverhalten der SPÖ am Dienstag war eine politische Kapitulationserklärung der steirischen SPÖ.“



Beim Maiaufmarsch der steirischen KPÖ war der 12-Stunden-Tag das bestimmende Thema. Mehr Arbeit, weniger Geld, weniger Erholung, weniger Zeit für die Familie: Die Gesellschaft entwickelt sich in eine beunruhigende Richtung.

## Sinkende Einkommen – steigende Wohnkosten: Armut stark gestiegen

**Der aktuelle Armutsbericht des Landes Steiermark liegt vor.**

Schockierend: Sowohl bei Kindern als auch bei Erwachsenen nimmt die Zahl armer Menschen massiv zu. „Das kommt von den Kürzungen im Sozialbereich“, sagt Claudia Klimt-Weithaler, Landtagsabgeordnete der KPÖ.

2011 waren 126.000 Steirer von Armut bedroht, 2015 156.000. Im Jahr 2017 sind es 190.000 Personen. Die Situation bei Kindern: 2013 waren es 41.000 Kinder und Jugendliche in der Steiermark, die an oder unter der Armutsgrenze aufwuchsen. 2017

stieg diese Zahl auf 51.000 Kinder. Zwischen Armut und hohen Wohnkosten besteht ein direkter Zusammenhang. Mieten und Betriebskosten sind die mit Abstand größten Kostenfaktoren.



## Heizkostenzuschuss und Sozialcard Sozialleistungen in der Warteschleife

Beim Heizkostenzuschuss wollte die KPÖ im Landtag eine Erhöhung erreichen. Das wurde dadurch verhindert, dass SPÖ, ÖVP und FPÖ beschlossen, zuerst eine Stellungnahme der Soziallandesrätin einzuholen. Daher wird es in diesem Jahr zu keiner Erhöhung kommen.

Auf die lange Bank geschoben wurde der KPÖ-Antrag, eine Sozialcard für die Steiermark einzuführen. Diese soll Personen mit geringem Einkommen unbürokratisch den kostenlosen oder ermäßigten Eintritt zu öffentlichen und öffentlich subventionierten Kultur-,

Sport- und Bildungseinrichtungen berechtigen, eine ermäßigte Benützung öffentlicher Verkehrsmittel ermöglichen und zur unbürokratische Inanspruchnahme von Zuschüssen, Beihilfen und staatlicher Transferleistungen berechtigen.



Die KPÖ setzt sich für die Erhöhung des Heizkostenzuschusses ein.

# Budget außer Kontrolle

**Die Landesregierung plant eine brandgefährliche Änderung: beliebige Neuverschuldung und Umschichtungen möglich, ohne dass Landtag eingeschaltet wird**

Die Regierungsparteien haben im Verfassungsausschuss des steirischen Landtags eine Änderung der Landesverfassung eingebracht, die noch in diesem Jahr vom Landtag beschlossen werden soll. Der Entwurf enthält eine weitreichende Änderung beim Landesbudget. Dem Landtag sollen viele Kontroll- und Eingriffsrechte weggenommen werden.

## Künftig soll es in der Landesverfassung heißen:

„Der Landtag kann die Landesregierung im Rahmen der Beschlussfassung des Landesbudgets ermächtigen, Mittelum-schichtungen vom Globalbudget Finanzen zu anderen Globalbudgets und zwischen zweckgebundenen Mittelverwendungen und Mittelaufbringungen und nicht zweckgebundenen Mittelverwendungen und Mittelaufbringungen bis zu einem bestimmten Prozentsatz des Finanzierungshaushaltes vorzunehmen (...)“

Damit wird der wesentliche Grundsatz ausgehebelt, dass Umschichtungen nur innerhalb der Budgets der einzelnen Ressorts möglich sind. Da die Ermächtigung zur beliebigen Umschichtung von Budgetmitteln im Zuge des Budgetbeschlusses erfolgt, ist danach keinerlei Einbindung des Landtags mehr nötig. Solche Vorgänge sind derzeit nur in Ausnahmefällen möglich.

## Neuverschuldung am Landesparlament vorbei

Eine weitere bedenkliche Änderung betrifft die Neuverschuldung des Landes. In einer neu eingefügten Passage wird die Landesregierung künftig ermächtigt, Schulden aufzunehmen, ohne den Landtag zu befragen. Das ist derzeit ausgeschlossen. Die Obergrenze wird dabei lediglich durch den Nettofinanzierungssaldo festgelegt. Eine



LABg. Werner Murgg

so weitreichende Entscheidung ist bisher ohne Befassung des Landtags undenkbar gewesen.

Die Verfassungsänderung steht auch im Gegensatz zu den Versprechungen der Landesregierung, künftig mehr Transparenz im Landeshaushalt zuzulassen. Seit der steirischen „Haushaltsreform“ im Jahr 2013 enthalten die Landesbudgets nämlich keine Zahlen mehr, sondern nur noch allgemeine Zielsetzungen („Wirkungsziele“ genannt). Die Regierung, aber auch manche Oppositionsparteien, haben das als großen Wurf gefeiert.

KPÖ-LABg. Werner Murgg warnt vor diesem Eingriff in die Landesverfassung: *„Sollte die geplante Verfassungsänderung beschlossen werden, wird es künftig nicht nur an Transparenz fehlen, es wird auch keine laufende Kontrolle durch den Landtag geben. Das ist brandgefährlich, denn die Regierung erhält dadurch auch noch eine Vollmacht erhalten, unabhängig vom beschlossenen Budget beliebige Beträge umzuschichten. Es ist zu hoffen, dass die Änderung nicht angenommen wird!“* – Für eine Verfassungsänderung wird im Landtag eine 2/3-Mehrheit benötigt, über die SPÖ und ÖVP aber nicht verfügen.

## MEINUNG

KPÖ-LABg. Werner Murgg

## Land verkauft Familiensilber

Das Land Steiermark verkauft jetzt einen Teil des noch übrigen Familiensilbers. *Erinnern wir uns: Nach dem Verkauf der Kraftwerke unseres Energieversorgers, der Verschleuderung der Thermen, der Teilprivatisierung der Energie Steiermark und der Abtretung vieler wertvoller Immobilien besitzt unser Land noch 75 Prozent an der Energie Steiermark und eine Sperrminorität an der Hypo-Landesbank. Dieser 25-Prozentanteil soll jetzt an die Raiffeisenbank verkauft werden. Diese wird damit Alleineigentümer der einst zu hundert Prozent im Landesbesitz befindlichen Bank. 1998 wurden 49 Prozent an die Raiffeisengruppe verkauft, 2002 weitere 25 Prozent. Nun folgt der Rest. Die kolportierten 52 Millionen Erlös machen gerade einmal ein(!) Prozent des Landesbudgets eines Jahres aus. Für diese lächerliche Summe gibt das Land seine letzte Einflussmöglichkeit auf das steirische*

*Bankenwesen aus der Hand. Was der Rückzug der öffentlichen Hand aus dem Finanzwesen weltweit bedeutet hat, haben wir alle 2007 bis 2010 schmerzhaft erleben müssen. Besonders tragisch ist folgendes Detail. Dass gerade ein sozialdemokratischer Landeshauptmannstellvertreter als Eigentümerversorger den Ausverkauf unseres Landesvermögens vorantreibt ist ein Treppenwitz der Geschichte. Andererseits hat sein Verhalten System. Bereits der SPÖ-Landeshauptmann Franz Voves hatte seinerzeit vollmundig den Aufbau einer Landesholding versprochen, wovon am Ende nur die Ankündigung übrig blieb. Offenbar sind die Sozialdemokraten die effektivsten Privatisierer. Die KPÖ wird im Landtag diesem Ausverkauf jedenfalls eine Absage erteilen!*

**Werner Murgg**  
KPÖ-Landtagsabgeordneter  
Tel. 03842 / 22670

## AK-Wahl 2019 Arbeiterkammerwahl 28.3 bis 10.4.2019

**Alle fünf Jahre** wird die steirische AK-Vollversammlung gewählt. Vom 28.3.-10.4.2019 ist es wieder so weit, dann findet die Wahl zum steirischen Arbeiterparlament statt. Die AK ist für uns Arbeiterinnen und Arbeiter eine wichtige Einrichtung. Sie ist mehr als eine Serviceeinrichtung. Die AK setzt sich für unsere Interessen gegenüber der Landes- und Bundespolitik ein und hat Einfluss auf die Gesetzgebung.

Dass dies in der Vergangen-

heit nicht immer nach Wunsch verlaufen ist, hat auch mit dem Verhalten der sozialdemokratischen Mehrheitsfraktion zu tun. Nur allzu oft ist sie vor der eigenen Partei in die Knie gegangen. Gemeinsam mit der KPÖ kandidiert der GLB als glaubwürdige Linke Alternative unter dem Namen GLB-KPÖ. Spitzenkandidat ist **Kurt Luttenberger, Hilde Tragler** tritt auf Listenplatz 2 an.

**GLB-KPÖ**



# Schikanen für Pflegeeltern in Krisensituationen

**Krisenpflegeeltern betreuen Kinder kurzfristig in Notsituationen, z.B. wenn Eltern ins Krankenhaus müssen oder im Todesfall von Eltern. Die Kinder brauchen sofort einen Platz, bleiben dort nur kurz, bis Pflegeeltern gefunden werden. Die Krisenpflegeeltern sind seit Jahren mit unverständlichen Schikanen konfrontiert.**



Wird ein Kind in eine Situation geboren, in der vorerst unklar ist, ob es bei Mama und Papa bleiben kann oder in eine Pflegefamilie kommt, springen Krisenpflegeeltern ein – zumeist für ein paar Wochen, manchmal

für einige Monate, selten sogar über Jahre.

Bisher bekamen diese Pflegeeltern zumindest für die Kleinsten Kinderbetreuungsgeld. Dieses wurde ihnen aber kürzlich durch das Familienministerium per

Erlass gestrichen. Begründet wird das im Büro von Ministerin Juliane Bogner-Strauß (ÖVP) mit zwei Urteilen des Obersten Gerichtshofs. In beiden Fällen wurde gar nicht konkret über das Kinderbetreuungsgeld entschieden.

In der Steiermark sind viele Krisenpflegeeltern von diesem Erlass betroffen. Die Kinder kommen oft ohne Ausstattung in die Familie, nur mit der Kleidung, die sie am Körper tragen. Die Betreuung erfolgt naturgemäß rund um die Uhr, sieben Tage die Woche.

„Diesen Menschen das Kinderbetreuungsgeld vorzuenthalten, ist mehr als ungerechtfertigt und eine reine Schikane“, betont KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler. Sie hat deshalb einen Antrag in den Landtag eingebracht, in dem die Landesregierung aufgefordert wird, sich im Bund dafür starkzumachen, dass Pflegeeltern und Krisenpflegeeltern Leistungen nach dem Kinderbetreuungsgeldgesetz (KBGG) in Anspruch nehmen können.

# Spitäler-Kahlschlag: Landesregierung ohne Konzept

## Bei Spitalsreform haben Einsparungen Vorrang

**Die „Spitalsreform“ von Gesundheitslandesrat Christopher Drexler (ÖVP) lässt keinen Stein auf dem anderen. Die Versorgung wird stark ausgedünnt, jedes zweite Landeskrankenhaus geschlossen. Besonders betroffen ist der Bezirk Liezen.**

Im flächenmäßig größten Bezirk Österreichs werden die Spitalstandorte Bad Aussee, Rottenmann und Schladming geschlossen. Ein einziges „Leitspital“ in Trautenfels soll sie drei Krankenhäuser ersetzen. Dieser Kahlschlag war am 5. Juni Thema im Landtag. KPÖ-Landtagsabgeordnete Claudia Klimt-Weithaler warf der Landesregierung vor, kein glaubwürdiges Konzept zu haben. Für das Personal, die Patientinnen und Patienten und deren Angehörige bedeutet die Schließung der drei Spitäler sehr lange Anfahrtswege und für die gesamte Region eine gefährliche

Ausdünnung der Infrastruktur.

Heftige Kritik übte Klimt-Weithaler an der geplanten Realisierung des Krankenhauses als PPP-Projekt (Public-private-Partnership), bei der in aller Regel die Öffentlichkeit zahlt, während Private steuerbegünstigt Gewinne lukrieren. „Die Spitäler in Bad Aussee und Schladming sind in einem sehr guten Zustand, das LKH Rottenmann wurde erst kürzlich saniert. Die Errichtung des neuen ‚Krankenhauses Ennstal‘ wird mindestens 250 Millionen Euro kosten und mit fragwürdigen Finanzierungs-

methoden errichtet“, so Claudia Klimt-Weithaler.

Im „Strukturplan Gesundheit“ stehen Kürzungen im Vordergrund, die Versorgung ist zweitrangig. Niemand verlangt, dass jedes Krankenhaus jede denkbare Spezialisierung beinhalten muss. Aber eine Grundversorgung muss gegeben sein! Das hält die KPÖ-Abgeordnete Landesrat Drexler entgegen. Dieser wirft der Opposition vor, sie würde für ein Überangebot an medizinischer Versorgung eintreten. Dabei ist der Ausdruck „Leitspital“ Etikettenschwindel, weil es



keine weiteren Spitäler im Bezirk mehr geben wird. Wegen der zu erwartenden Engpässe in der medizinischen Versorgung stoßen die Pläne der Landesregierung bei einer deutlichen Mehrheit in der Steiermark auf Ablehnung, nicht nur im Bezirk Liezen.

Die bestehenden Spitalstandorte im größten Bezirk Österreichs wurden unter Berücksichtigung der gesundheitspolitischen Notwendigkeiten und der geografischen Besonderheiten gewählt. Aus manchen Gemeinden ist mit Anfahrtszeiten von über 40 Minuten zu rechnen. Die KPÖ stellte deshalb bereits in der Landtagssitzung am 10. April 2018 den Antrag, die derzeit bestehende Spitalstruktur im Bezirk Liezen zu erhalten. Der Antrag fand keine Mehrheit, da SPÖ, ÖVP und Grüne dagegen stimmten.



# AK-Wahl: Wichtiger denn je

## Interview mit Arbeiterkammerrat Kurt Luttenberger

**ÖVP und FPÖ setzen zahlreiche Verschlechterungen durch, Stichwort Arbeitszeit, Krankenkassen oder Arbeitslosenversicherung.** Zunächst müssen die arbeitenden Menschen informiert werden, was die schwarz-blaue Regierung für sie bedeutet. Schließlich werden Verschlechterungen von der Regierung oft als Verbesserung verkauft. Der Schmach mit den angeblichen Einsparungen bei der Verwaltung ist ja uralt, aber er kommt immer wieder. Und dann gilt es natürlich Widerstand zu organisieren.

### Sichwort heißer Herbst?

Ich hoffe der kommt noch! Bis jetzt gab es leider nur eine Großdemonstration gegen den 12-Stunden-Tag in Wien. Der ÖGB Steiermark hat nur symbolisch protestiert indem er am Tag des Inkrafttretens des Gesetzes 5000 Luftballons aufsteigen ließ. Das, was die sozialdemokratischen Gewerkschaftsspitzen abliefern, ist entschieden zu wenig.

### Die Herbstlohnrunde der Metaller hat gerade begonnen. Da spielt das Thema Arbeitszeit wieder eine Rolle!

Richtig. Die Forderung nach einer Arbeitszeitverkürzung und der leichteren Erreich-

barkeit der sechsten Urlaubswoche passen auch. Ebenso ist die Forderung von 5 % mehr Lohn angesichts der Teuerung gerechtfertigt. Es muss uns aber bewusst sein, dass uns die Gegenseite die Forderungen nicht freiwillig erfüllt, da braucht es Kampfbereitschaft.



### Nun zum nächsten Frühjahr. Vom 28.3.-10.4.2019 finden Arbeiterkammer-Wahlen in der Steiermark statt. Du wirst als Spitzenkandidat der Liste GLB-KPÖ antreten?

Ja, wir treten wieder mit unserem Team der derzeit vier Kammerräte an, das sind Hilde Tragler, Uwe Süß, Gerhard Simbürger und ich. Wir möchten wie bisher diejenigen sein, die der sozialdemokratischen Mehrheit genau auf die Finger schauen und die Dinge aufzeigen, die nicht funktionieren.

### Was denn konkret?

Etwa die Wohnbeihilfe. Ich erwarte mir von der AK, dass sie im Interesse der Betroffenen agiert und nicht der Landesregierung aus SPÖ und ÖVP die Mauer macht. Die AK muss sich für ihre Mitglieder einsetzen, auch wenn sozialdemokratische Kammerfunktionäre sich gegen die Kürzungen der eigenen Partei stellen müssen.

### Glaubwürdigkeit ist für dich ein Thema?

Es sollte nach der Wahl das gelten, was zuvor gefordert wurde. Da haben wir als Gewerkschaftlicher Linksblock mit der KPÖ einen hervorragenden Partner. Bei uns gilt, was wir im Wahlkampf sagen. Andere Fraktionen haben es da nicht immer so leicht.

### Was wünschst du dir von der Arbeiterkammer?

Ich würde mir wünschen, dass so mancher sozialdemokratischer Spitzenfunktionär in Arbeiterkammer und ÖGB einfach einmal von einem Durchschnittsgehalt leben müsste, das würde denke ich, einiges in der Sichtweise ändern. Bei der KPÖ gilt, wie bekannt eine Gehaltsobergrenze, die täte anderen auch gut!

## Löhne erhöhen!

GLB-ProGe Vorsitzende Hilde Tragler zur Metallerlohnrunde



Die **Nettoeinkommen** in Österreich stagnieren seit Jahren. Scheinheilig wird dies nun von der Bundesregierung aus ÖVP und FPÖ kritisiert und die Gewerkschaft zu einem kräftigen Lohnabschluss aufgefordert. Dabei setzen FPÖ und ÖVP Maßnahmen, die zu verstärktem Druck auf die Löhne führen. So werden etwa mit den neuen Arbeitszeitregeln Überstundenzuschläge ausgehebelt und es ist möglich, bis zu 60 Stunden in der Woche zu arbeiten. FPÖ und ÖVP setzen eins zu eins die Wünsche der Konzerne um. Auf uns Beschäftigte wird vergessen.

Es ist daher dieses Jahr für alle Branchen besonders wichtig, dass bei den Metallerlohnverhandlungen ein gutes Ergebnis für uns Beschäftigte erreicht wird. Sie sind die Richtschnur für die nachfolgenden Verhandlungsrunden in den anderen Kollektivverträgen. Die ProGe fordert 5 % mehr Lohn und Gehalt, eine Arbeitszeitverkürzung und eine leichtere Erreichbarkeit der sechsten Urlaubswoche.

Angesichts der Milliarden Gewinne der Konzerne ist das leicht finanzierbar. Zuletzt sind die Gewinne in der Metallindustrie beispielsweise um 2,58 Milliarden Euro bzw. 15 % angestiegen. Und auch der wirtschaftliche Ausblick für das kommende Jahr ist gut.

**Als GLB-Verhandlerin in der Fahrzeugindustrie unterstütze ich die Forderungen der ProGe.** Wie immer gilt aber, dass die beste Forderung nichts nützt, wenn man nicht dafür kämpft. Es braucht daher ein entschlossenes Auftreten und auch die Bereitschaft zu streiken, denn sonst bleibt von dem durch die sozialdemokratischen Gewerkschaftsspitzen angekündigten heißen Herbst nur eines übrig, nämlich viel heiße Luft.

**Hilde Tragler, GLB-Betriebsrätin bei MAGNA Graz**

Sie nimmt namens des GLB ProGe an den Lohnverhandlungen teil

**GLB-KPÖ**

Arbeiterkammer-Wahl 28. März bis 10. April 2019

**DENKZETTEL**

gegen

Lohnkürzung  
Leistungsdruck  
Sozialabbau  
Teuerung

**GLB-KPÖ**

Gewerkschaftlicher  
Linksblock



# CETA: Wie versprochen, so gebrochen

Österreich ist dem CETA-Freihandelsabkommen zwischen der EU und Kanada beigetreten. Das hat der Nationalrat am 13. Juni 2018 im Nationalrat beschlossen. Möglich wurde das durch die Zustimmung der FPÖ, die vor der Wahl das Gegenteil versprochen hatte.

Die Bedenken gegen einen Beitritt wurden aber keineswegs entkräftet. Die KPÖ warnt vor einem Abbau demokratischer, rechtsstaatlicher und arbeitsrechtlicher Errungenschaften. Der Beitritt zum transatlantischen Freihandelsabkommen nützt vor allem großen Konzernen.

Drei Viertel der Österreicherinnen und Österreicher haben

sich in Umfragen gegen das Abkommen ausgesprochen. Fast 600.000 haben Anfang 2017 das Volksbegehren gegen CETA, TTIP und TiSA unterschrieben. CETA ermöglicht Konzernen Sonderklagsrechte gegenüber dem Staat, wenn sie sich durch Sozial- oder Umweltgesetze in ihren Profiten geschmälert sehen. Das ist ein massiver Eingriff in die österreichische Verfassung.



In ganz Österreich protestierten Tausende gegen den Beitritt zum transatlantischen Freihandelsabkommen. Die FPÖ brach ihr Wahlversprechen und gab grünes Licht für den Beitritt.

# Steirische Senioren bei Öffi-Tarifen benachteiligt

In der Steiermark müssen Senioren eine ÖBB-Vorteilscard kaufen, um in den Genuss ermäßigter Tarife für öffentliche Verkehrsmittel zu kommen. Schuld daran ist eine Regelung des Verkehrsverbundes, die das vorschreibt. Die KPÖ setzt sich im Landtag dafür ein, dass die Seniorenermäßigung auch ohne

diese Karte gilt. „Während das Jahresticket in Graz auf Betreiben der KPÖ stark vergünstigt wurde, gibt es außerhalb der Landeshauptstadt keine Ermäßigungen. Für Pensionisten ist das Jahresticket um ein Vielfaches teurer als in anderen Bundesländern“, kritisiert der KPÖ-Abgeordnete Werner Murgg.

Ältere Menschen erhalten im Steirischen Verkehrsverbund eine Ermäßigung von 38 Prozent auf den Kauf von Einzeltickets (Stundenkarten und Tageskarten). Dafür müssen sie allerdings die ÖBB-Vorteilscard um 29 Euro kaufen. Der Pensionistenausweis reicht nicht.

## Steiermark: viel teurer als andere Bundesländer

In anderen Bundesländern gibt es eine ermäßigte Jahreskarte, die ohne ÖBB-Vorteilscard erworben werden kann. Salzburg kostet es ein Jahresticket für Senioren 299 Euro und gilt im ganzen Bundesland (Busse, Bahnen, Regionalexpress, Intercity).

In Vorarlberg erhalten Personen über 63 ohne Vorteilscard eine Jahreskarte für alle öffentlichen Verkehrsmittel um 260 Euro.

In Wien gibt es die Jahresnetzcard für Senioren um 235 Euro. Im Tiroler Verkehrsverbund kostet die Senioren-Jahreskarte 250 Euro, ab 75 Jahren kostet diese Jahresnetzcard überhaupt nur 125 Euro. Die ÖBB-Vorteilscard ist weder in Tirol noch Wien nötig.

In der Steiermark kostet eine Jahreskarte für das gesamte Bundesland seit 1. Juli 2018 2.209 Euro. Eine Ermäßigung für Senioren gibt es auch dafür nicht.

## Post holt Börsenspekulanten als Bank-Partner

Nach dem Ausstieg der BAWAG benötigt die Post einen neuen Partner für Bankdienstleistungen. Nun wurde bekannt, dass man sich hierfür die deutschen Börsenspekulanten der Fintech Group ins Boot holt.

Ursprünglich betrieb die Post eine Postsparkasse, die dann an die BAWAG verkauft wurde. Seit dem EU-Beitritt wird das einstige staatliche Postmonopol Schritt für Schritt zugrunde gerichtet.

Derzeit vergrault man durch unverschämte Gebührenerhöhungen die letzten Kunden. Das Ziel dieser Maßnahmen ist die völlige Demontage der Post als funktionsfähiges Unternehmen.

Die völlige Liberalisierung der Postdienstleistungen führt dazu, dass die Gebühren steigen, die Arbeitsbedingungen für die Postzusteller verschlechtert werden und das Lohnniveau gedrückt wird.

Die Details der Partnerschaft mit der deutschen Fintech, die sich selbst als „moderne Smart Bank“ bezeichnet, sind noch nicht bekannt. Bisherige Erfahrungen mit sogenannten smarten Banken sehen jedoch alles andere als kundenfreundlich aus: Auf ein Minimum reduzierte Filialnetze, in denen die Kunden an Automaten selbst die Arbeit der Bankbediensteten erledigen.



Die KPÖ will, dass der Pensionistenausweis für die Ermäßigungen im steirischen Verkehrsverbund ausreicht.

# Klaus Pibernig geht in den „Unruhestand“

**Die KPÖ Weststeiermark hat am 4. Oktober eine neue Bezirksleitung gewählt, dabei wurde auch ein Generationenwechsel im Vorstand beschlossen.**

Seit 2001 hat Klaus Pibernig die Arbeit der KPÖ geleitet, seit 2006 in der Funktion als Obmann und Mitglied des Landesvorstandes. „Nun ist es Zeit, das Feld Jüngeren zu überlassen“, so Pibernig bei den Vorbereitungen zur anstehenden Bezirkskonferenz.

Klaus Pibernig studierte an der Montanuniversität in Leoben, Fachrichtung Bergwesen. Er engagierte sich in der Hochschulpolitik und konnte mit einer Na-

mensliste bei der ÖH-Wahl aus dem Stand zwei Mandate erringen. Beruflich war er im Bergbau tätig, zuletzt bei der GKB, wo er bei seinen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen große Wertschätzung und Anerkennung erwarb.

Zu Beginn der 2000er Jahre wurde er Mitglied der KPÖ und hat seither maßgeblich dazu beigetragen, dass sich rund um seinen Heimatort Bärnbach eine Gruppe von Menschen gebildet hat, die es sich zur Aufgabe stellt, auf örtlicher und regionaler Ebene in die gesellschaftliche Entwicklung einzugreifen: Missstände aufzuzeigen und sich für die Verbesserung der Lebensbedingungen einzusetzen, vor allem

**Der Ehrenobmann und der neue Bezirksobmann der KPÖ Weststeiermark, Klaus Pibernig und Walter Weiss.**



für jene Menschen, die sonst nicht gehört werden.

Mit nun 79 Jahren möchte Klaus Pibernig etwas leiser treten. Mit einer kleinen Feier wurde er von den Genossen und Genossinnen bedankt und verabschiedet: „Wir danken dir für dein jahrelanges Engagement und deinen Einsatz, dass du dein Wissen, deine Erfahrung und deine Kraft auch weiterhin für unsere gemeinsame Sache einsetzen wirst, erfüllt uns mit Stolz!“, so Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler, die bei der Bezirkskonferenz den Antrag stellte: „Klaus Pibernig als Ehrenobmann der KPÖ Weststeiermark auf Lebenszeit zu ernennen“. Der Antrag wurde einstimmig angenommen, Klaus Pibernig bleibt weiterhin Mitglied der Bezirksleitung.

Einstimmig wurde auch der neue Bezirksobmann **Walter Weiss** gewählt. Er hat vor kurzem sein Studium abgeschlossen

und arbeitet als Chemiker. Mit seinen 26 Jahren ist Weiss der jüngste Bezirksobmann der KPÖ Steiermark, kann aber trotzdem auf eine langjährige politische Erfahrung zurückgreifen. Sowohl in der KJÖ (Kommunistische Jugend) und dem KSV (Kommunistischer Studierendenverband) als auch in der Kommunalpolitik. Walter Weiss ist seit 2015 für die KPÖ Gemeinderat in Deutschlandsberg.

Seine Stellvertreterin ist Hilde Tragler, beschäftigt bei Magna in Graz, wo sie auch als Betriebsrätin tätig ist. Für die KPÖ ist sie Gemeinderätin in Voitsberg. Die Funktion des Kassiers hat erstmals Ulrich Sonnleitner übernommen. Er ist diplomierter Krankenpfleger und arbeitet seit vielen Jahren in der psychosozialen Beratung. Sabine Wagner, gelernte Friseurin, derzeit als Hausarbeiterin in der Pfarre Voitsberg beschäftigt, wird weiterhin im Vorstand und als Bezirkssekretärin tätig sein.



Hilde Tragler, Ulrich Sonnleitner, Sabine Wagner



Weitere Mitglieder der KPÖ-Bezirksleitung sind: Romana Dörner, Werner Winter, Alexander Janecek, Renate Seemann und Anna Opara (kein Bild)

„Menschen treten in unser Leben und begleiten uns eine Weile.  
Einige bleiben für immer denn sie hinterlassen Spuren in unseren Herzen.“

## Wir trauern um unseren Genossen und Freund GRIZZLY WAGNER

Völlig unerwartet wurde Grizzly am 5. Oktober 2018 aus unserer Mitte gerissen. Er war immer zur Stelle, wenn etwas gebraucht wurde. Viele Jahre hat er sich um unser Bezirksbüro und den Garten liebevoll gekümmert und mit seiner freundlichen Art war er bei unseren Infoständen sehr beliebt. Bei Festen hat er immer dafür gesorgt, dass alle genug zu essen bekommen, egal ob als Grillmeister oder Maronibrater.

Lieber Grizzly, wir vermissen dich und werden dir immer ein ehrendes Andenken bewahren. Deine Genossinnen und Genossen der KPÖ Steiermark



Josef „Grizzly“ Wagner  
14.01.1964 – 05.10.2018

# Impressionen vom Herbstfest der KPÖ

Auch heuer kamen wieder zahlreiche Besucher und Besucherinnen zum Herbstfest der KPÖ Weststeiermark in Voitsberg. Bei schönem Wetter, Kaffee und Kuchen, Würstel und gegrilltem Gemüse wurde geplaudert, gelacht und diskutiert. Großartige Unterhaltung gab es von DRAWZZNIKK, der Band rund um Nina und Martin

Traussnigg. Im Garten des Hildegard-Burger-Hauses amüsierten sich aber nicht nur die Erwachsenen, sondern auch – dank der guten Betreuung der Organisation Kinderland – das junge Publikum.

**Wir bedanken uns bei allen ehrenamtlichen Helfern und Helferinnen!**



Aus dem Gemeinderat

## DEUTSCHLANDSBERG: Stadt verkauft Kindergartenareal

Der Deutschlandsberger Gemeinderat hat beschlossen, das Areal des ehemaligen Volkshilfekindergartens zu verkaufen. Um 223.000 Euro soll er an einen privaten Investor gehen. Es ist zu befürchten, dass hier Luxuswohnungen entstehen werden. Gemeinderat Walter Weiss (KPÖ) dazu: „Ich würde mir wünschen, dass es in Zukunft in unserer Stadt auch möglich wird, soziale Wohnbauprojekte in dieser Geschwindigkeit zu beschließen.“

Zur Erinnerung: Die Verkaufsabsicht des Areals von Seiten der Stadtgemeinde wurde erst in der ersten Jahreshälfte gefasst. Schon im Wahlkampf zur Gemeinderatswahl 2015 allerdings, sprach Bürgermeister Wallner davon, im Czerweny-Haus neue Gemeindefürsorgeeinrichtungen errichten zu lassen. Im heurigen März wurde auch ein Konzept für Startwohnungen am benachbarten Grund vorgestellt. Seitdem ist hier wieder Ruhe eingekkehrt. Die Pläne dürften wohl in einer Schublade liegengeblieben sein.

Walter Weiss: „Ein Grundverkauf von dieser Größe ist eindeutig von öffentlichem Interesse.“

Walter Weiss  
KPÖ-Gemeinderat in  
Deutschlandsberg



### KPÖ für städtische Beschäftigungsoffensive

Die KPÖ forderte schon eine städtischen Beschäftigungsoffensive, weil die letzten Monate zeigten, dass der städtische Wirtschaftshof oft an seine Kapazitäten stößt. Die Gründe dafür sind vielseitig: Veranstaltungsdienst, die Größe der Gemeinde nach der Fusion, sowie unvorhersehbare Ereignisse wie die Stürme in diesem Jahr.

Der Bürgermeister sicherte zu, gemeinsam mit der Personalvertretung und der Leitung des Wirtschaftshofes eine neue Aufgabenverteilung auszuarbeiten. Der Antrag von Gemeinderat Weiss, der allerdings eine rasche Lösung für dieses Problem forderte, wurde abgelehnt.



Aus dem Gemeinderat

## VOITSBERG

# NEIN zur Erhöhung der Wassergebühren!



In der Gemeinderatssitzung vom 15. Dezember 2017 wurde von SPÖ, den Grünen und der Bürgerliste eine saftige Erhöhung der Wassergebühren beschlossen. Bis zu 300% müssen die Voitsberger und Voitsbergerinnen nun mehr für ihr Wasser berappen. Wir finden, das ist unerhört! Zu kritisieren ist vor allem, dass Kleinverbraucher im Vergleich zu bisher mehr bezahlen, während ab einer Verbrauchsmenge von rund 130 Kubikmetern pro Jahr die Abgaben günstiger sind. Bei der Stadtgemeinde Voitsberg spricht man von einer nötigen Änderung, die Erhöhung würde meist auch nur einige Euro pro Monat ausmachen. „Ein solches System haben viele Gemeinden schon seit Jahren“, erläutert Bür-

germeister Ernst Meixner (SPÖ). Zudem würden der Stadtgemeinde trotz permanenter Sanierungs- und Verlegungsarbeiten in den nächsten Jahren Investitionen in der Höhe von zwölf Millionen Euro ins Haus stehen, die finanziert werden müssen. „Die Bereitstellungsgebühr versetzt uns in die Lage, verbrauchsunabhängige Fixkosten zu begleichen. Dazu verpflichtet uns auch die Gemeindeordnung“, so Meixner. Hilde Tragler von der KPÖ sieht die Sache anders: „Es kann nicht sein, dass jede Investition über eine Gebührenerhöhung finanziert wird und so auf dem Rücken der Voitsberger Bevölkerung ausgetragen wird! Deshalb haben wir nicht nur im Gemeinderat dagegen gestimmt, sondern auch eine

Hilde Tragler  
KPÖ-Gemeinderätin in Voitsberg



*Unterschriftenaktion ins Leben gerufen. Rund 300 Personen haben die Petition Nein zur Erhöhung der Wassergebühren in Voitsberg bereits unterstützt und täglich werden es mehr!“*

Die Petition soll noch vor Ende des Jahres dem Bürgermeister übergeben werden. Wir wollen damit aufzeigen, dass sich die Bevölkerung nicht alles gefallen lässt und damit auch den Gemeinderat befassen. Wenn Sie diese Forderung unterstützen wollen, können Sie das mit untenstehendem Formular tun.

Über 300 Unterschriften haben unsere Aktivisten und Aktivistinnen bereits gegen die Wassergebührenerhöhung gesammelt. Helfen auch Sie!

**ACHTUNG: NUR FÜR BEWOHNERINNEN UND BEWOHNER VON VOITSBERG UND BÄRNBACH**

## NEIN zur Erhöhung der Wassergebühren in Voitsberg!

Mit 1. Jänner 2018 ist die neue Wassergebührenordnung der Stadtgemeinde Voitsberg in Kraft getreten. Diese hat eine Erhöhung der Wasserkosten für einen Großteil der Voitsbergerinnen und Voitsberger zur Folge.

Das zweistufige Gebührenmodell bittet vor allem jene zur Kassa, die Wasser sparen wollen und weniger verbrauchen.

Wasser ist ein öffentliches Gut und muss für alle leistbar sein!



## Wir fordern eine Rücknahme der Teuerungen bei den Wassergebühren!

Name	Adresse	Unterschrift und Datum

Formular ausfüllen und im Hildegard-Burger-Haus, dienstags zwischen 14 und 17 Uhr, abgeben. Sie können es auch per E-Mail schicken – [sabine.wagner@kpoe-steiermark.at](mailto:sabine.wagner@kpoe-steiermark.at) – oder faxen Fax: 03142/22 4 21. Vielen Dank für Ihre Hilfe!

# Schaubergwerk Sunfixl-Höhle

**Höchst interessante Einblicke in den Bergbau vergangener Tage bietet die Sunfixlhöhle in Kohlschwarz (Gemeinde Kainach bei Voitsberg). Ein Verein kümmert sich vorbildlich um das montan-historische Denkmal.**

Schon im 13. Jahrhundert wurde in der Weststeiermark Sandstein abgebaut. Das Material wurde zur Herstellung von Schleifsteinen, Mühlsteinen und als Baumaterial verwendet. Da die eisenverarbeitende Industrie große Schleifsteine benötigte, wurden die Produkte über große Distanzen verkauft. 1911 etwa wurden Betriebe in der Nähe von Triest, Bruck an der Mur, Zeltweg, Piesting (Niederösterreich) und Stainz beliefert.

Seit dem 18. Jahrhundert wurde der Abbau intensiviert. Als der Steinmetzmeister Johann Ortner 1929 unerwartet im Alter von nur 43 Jahren starb, wurde der Betrieb 1929 eingestellt. Der Abbau wurde aber noch bis in die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg fortgesetzt.

Die Stollen wurden mit Pferde- und Ochsenfuhrwerken befahren und lagen an einem steilen

Hang. Eine Zufahrt gab es nicht, die schweren Steine mussten mit Seilen und Ketten über eine Transportrinne hinunter transportiert werden. Dort gab es eine Schmiede, in der das Material von Steinmetzen bearbeitet wurde.

Die GBK-Bergdirektion Köflach erstellte 1993 einen Lageplan der Abbauzone und legte damit den Grundstein für einen spannenden Einblick in die Geschichte unserer Region und der harten Arbeit im Bergbau.

Die damalige Gemeinde Kohlschwarz richtete 2001 unter Mithilfe von Dr. Ernst Lasnik und des Landes Steiermark in der Höhle einen Wanderweg ein und errichtete Schautafeln, um Interessierten die Geschichte des örtlichen Bergbaus näherzubringen.

## Barbaraverein setzt sich für Erhalt ein

Im Mai 2018 wurde von Norbert Marhold der Barbaraverein gegründet. Den Mitgliedern ist es ein großes Anliegen, dass das Schaubergwerk und Schleifsteinmuseum weitergeführt wird. Mit welchem Engagement das Team sich dafür einsetzt, davon konnten sich die Aktivistinnen und Aktivistinnen der KPÖ Weststeiermark heuer im Sommer bei ihrem Betriebsausflug selbst



überzeugen. Nach einer großartigen Führung von Ing. Erwin Kraus durch die Sunfixlhöhle kam auch der kulinarische Genuss nicht zu kurz. Erika Hohl und Elsa Stückelschweiger vom Verein „Sunfixl Grandla“ (Tel. 0664/4451791) servierten in der angrenzenden Buschenschank eine Jause, die keine Wünsche offen gelassen hat.

Künftig soll es in der Höhle neue Schautafeln geben, diese werden zur Zeit von der Firma Krenhof AG in Zusammenarbeit mit dem Polytechnischen Lehrgang Köflach erarbeitet. Die

Mitglieder sind über diese Kooperation, die durch Mag. Matthias Hartmann und Fachlehrer Masser zustande gekommen ist, sehr erfreut.

Der Barbaraverein ist gemeinnützig und finanziert sich durch Mitgliedsbeiträge und Spenden. Wenn auch Sie unterstützen und Mitglied werden wollen, können Sie das jederzeit unter 0650/2607084 (Norbert Marhold) tun.

Führungen sind nur gegen telefonische Voranmeldung im Gemeindeamt Kainach (Tel. 03148/236) möglich.



## Klein, aber mit Biss

Haben Sie ein Anliegen? Brauchen Sie Hilfe oder Beratung?

### So erreichen Sie die KPÖ Weststeiermark

Unser Büro ist jeden Dienstag von 14 bis 17 Uhr besetzt.

Sie erreichen uns im Hildegard-Burger-Haus, Conrad-von-Hötzendorfstraße 29, in Voitsberg.

Tel. 03142/22 4 21

E-Mail: sabine.wagner@kpoe-steiermark.at

Für Sie im Gemeinderat:

Deutschlandsberg: Walter Weiss, Tel. 0681/107 833 46

Voitsberg: Hilde Tragler, Tel.: 0650/257 34 42

Für Sie im Landtag Steiermark:

Claudia Klimt-Weithaler, Tel. 0676/8666 5106

Bergleute vor dem Sunfixl-Steinbruch, 1932.



# EU-Nationalismus als Gefahr

© Superbass CC BY-SA 4.0

**Österreich-Nationalismus: Pfui Teufel! EU-Chauvinismus: Super! Auf diese platten Schlagwort-Gegensätze lässt sich die aktuelle Diskussion zu diesem Thema reduzieren. Dahinter steht der Versuch, die Ablehnung der EU in weiten Teilen der Bevölkerung durch eine fast religiöse Anbetung dieses Gebildes zu überwinden.**

In keinem Medium – vom Fernsehen bis zu den Tageszeitungen – kann man in diesen Tagen einer Propaganda entgehen, die vor dem Nationalismus in den Mitgliedsstaaten der EU warnt und die „Rückkehr zum Nationalstaat“ als große Gefahr darstellt. Auch Teile der Linken machen dabei mit.

## Was steckt dahinter?

Unbestreitbar ist, dass der auf das „eigene Volk“ bezogene Nationalismus historisch gesehen großes Leid für die Bevölkerung gebracht hat, verantwortlich für viele Kriege war und dazu dient, die Menschen davon abzuhalten, für ihre eigenen Interessen einzutreten. Fortschrittliche Parteien müssen daher stets aufzeigen, dass die Sprüche von Heimat und Vaterland auch dazu dienen, Profitinteressen zu verschleiern.

Wie ist das nun mit der EU? Sie wird in der aktuellen Propaganda als Alternative zum Nationalismus in einigen ihrer Mitgliedsstaaten wie Ungarn, Polen oder Italien dargestellt. In der EU würde dieser Nationalismus durch die „europäischen Werte“ überwunden. Genau diese Behauptung führt uns aber auf die Spur des EU-Nationalismus. Zum Nationalismus gehört nämlich immer das Gefühl, dass man selbst etwas Besseres wäre als die anderen. Die „glühenden Europäer“ – dieser seltsame Begriff ist mittlerweile gang und gäbe geworden – grenzen sich mit dieser Behauptung von den „anderen“ ab, die als minderwertig wahrge-



Europa-Fanatismus birgt die gleichen Gefahren in sich wie jeder andere Nationalismus.

nommen werden. Die USA unter Trump? Abzulehnen! Russland? Putins böses Reich! China? Die große Gefahr!

## Weltmacht

Genau diese Frontstellungen kennen wir aus der Geschichte. Und wir kennen auch die Folgen dieser Frontstellungen: Handelskriege, Hochrüstung und als letzter Ausweg den Krieg. EU-Europa will sich als imperialistische Weltmacht etablieren und braucht zu diesem Zweck eine große Erzählung: Den Euro-Nationalismus.

Die Bevölkerungen in den Mitgliedsländern machen dabei aber nicht mit. Ihnen sind die Staaten, in denen sie leben, vertraut und sie identifizieren sich mit ihnen. Das hat man zuletzt bei der Fußball-WM ganz deutlich gesehen. Außerdem wissen die Leute: In Österreich kann man die Regierung abwählen. Die Institutionen der EU sind so gebaut, dass die Bevölkerung fast keinen Einfluss nehmen kann.

Wer aus Angst vor dem Aufstieg der Rechtsparteien darauf

verzichtet, die EU so scharf zu kritisieren wie das notwendig ist, macht einen großen Fehler: Die Politik der EU ist für Sozialabbau und Rechtsentwicklung verantwortlich. Das darf man nie vergessen. Die EU und »Brüssel« sind identisch mit der Umstrukturierung des europäischen Kapitalismus auf dem Rücken der Lohnabhängigen. Innerhalb der EU sind es die wirtschaftlich stärksten Staaten, allen voran die Bundesrepublik, die den Kurs vorgeben und ihre Interessen gegen die kleineren nationalen Kapitale und gegen die Mehrheit der Bevölkerung durchsetzen.

## Gegen Nationalismus und EU-Chauvinismus

Die steirische KPÖ ist konsequent. Wir treten gegen den Nationalismus von Rechtsparteien wie der FP auf. Wir zeigen aber auch auf, was hinter dem EU-Nationalismus der „glühenden Europäer“ steckt. Wer aus Angst vor der FP auf die notwendige Kritik an der EU verzichtet, der ist schon in eine Falle gelaufen. Und er kann kein Mittel gegen den Sozialabbau

finden. Der von der Arbeiterbewegung erkämpfte Sozialstaat existiert nämlich nicht zufällig nur in Gestalt von Nationalstaaten.

Wir sind aber nicht der linke Flügel des herrschenden EU-Kartells, wir sind eine grundsätzliche Opposition, die Sozialabbau und Nationalismus auf allen Ebenen überwinden will. Wir sagen auch zum EU-Chauvinismus: Pfui Teufel! *Franz Stephan Parteder*



## Grazer Pflegegeldmodell in der ganzen Steiermark einführen!

Pflegebedürftige würden profitieren



Niemand soll gezwungen sein, in ein Pflegeheim zu gehen, nur weil er sich mobile Pflegedienste nicht leisten kann. Das ist der Grundgedanke des so genannten Kliententarifmodells der Stadt Graz. Das erfolgreiche Konzept soll auf die gesamte Steiermark ausgedehnt werden, fordert Claudia Klimt-Weithaler, Klubobfrau der KPÖ im steirischen Landtag. Ein Antrag an den Landtag wurde eingebracht.

Viele pflegebedürftige Menschen wären gesundheitlich durchaus in der Lage, in den eigenen vier Wänden zu bleiben. Sie müssen aber in ein Heim, weil die Kosten für Hauskrankenpflege, Pflegeassistenten oder Heimhilfe so hoch sind, dass mit der verbleibenden Pension Miete und Lebensunterhalt nicht mehr bestritten werden können.

„Mit dem Grazer Modell ermöglichen wir es pflegebedürftigen Menschen, in der vertrauten Wohnumgebung zu bleiben“, freut sich der Grazer Pflegestadtrat Robert Krotzer (KPÖ), der das Modell in der Landeshauptstadt eingeführt hat. Den Betroffenen bleibt die Höhe der Mindestpension von 863 Euro erhalten – unabhängig vom Betreuungsausmaß, das sie zuhause in Anspruch nehmen. Dafür sorgen automatische Ausgleichszahlungen der Stadt, die

im neuen Kliententarifmodell für die mobile Pflege- und Betreuung und die Hauskrankenpflege vorgesehen sind.

### Gut für die Menschen, gut für das Land

Viele Pensionistinnen und Pensionisten haben ein Leben lang hart gearbeitet und bekommen trotzdem nur eine kleine Pension. Es wäre zutiefst unfair, wenn sie deshalb nicht in ihrem Zuhause bleiben können. Wenn Menschen länger zuhause bleiben können, ist das nicht nur gut für sie, sondern kostet auch weniger. Ein Platz im Pflegeheim ist wesentlich teurer als mobile Dienste.

Auch das in den steirischen Bezirken von Landesrat Drexler umgesetzte Konzept stellt eine Verbesserung dar, allerdings nicht in dem Ausmaß, wie es in Graz der Fall ist. Die KPÖ drängt deshalb auf eine Ausdehnung auf die gesamte Steiermark.

KPÖ-Landtagsabgeordnete Claudia Klimt-Weithaler: „Das Land hat viel zu lange auf profitorientierte Heime gesetzt, jetzt fällt der Ausstieg aus dem teuren System schwer. Graz zeigt, dass Verbesserungen möglich sind, ohne dass die Kosten steigen. Sowohl die Pflegebedürftigen als das Land würden von einer raschen Umsetzung profitieren!“

## Langes Warten auf Wohnunterstützung

Anders als bei der alten Wohnbeihilfe müssen Menschen mit kleinen Einkommen oft ohne eigenes Verschulden lange ohne die Unterstützung auskommen

Trotz mehrerer Reparaturen wird die steirische Wohnunterstützung, die die Wohnbeihilfe ersetzt hat, noch immer von zahlreichen Problemen begleitet. Einige Betroffene können ohne eigenes Verschulden die Unterstützung erst mit monatelanger Verspätung beziehen. Die KPÖ drängte deshalb auf eine Änderung des Gesetzes. SPÖ, ÖVP und FPÖ lehnen aber eine Änderung ab.

Bis vor kurzem wurde die Wohnbeihilfe ab dem Tag der Antragstellung gewährt und später rückwirkend nachgezahlt, nachdem die Bearbeitung abgeschlossen war. Jetzt wird die Wohnunterstützung erst ab dem Zeitpunkt ausbezahlt, an dem der Behörde alle erforderlichen Unterlagen vorliegen. Das ist aber nach einem Wohnungswechsel selten ohne lange Verzögerungen

möglich. Mieterinnen und Mieter haben oft keine Möglichkeit, die Wartezeit auf Unterlagen zu verkürzen. Der minimalen Einsparung im Ressort von Soziallandesrätin Kampus (SPÖ) stehen massive Probleme für Betroffene gegenüber.

Verlangt werden unter anderem der Mietvertrag sowie ein Einkommensnachweis. Es ist nicht zu akzeptieren, dass gerade bei der Wohnunterstützung vom sonst üblichen Grundsatz abgegangen wird, dass das Datum der Antragstellung für die Bearbeitung und Gewährung der Leistung ausschlaggebend ist. Claudia Klimt-Weithaler (KPÖ): „Solange es nicht ausreichend erschwinglichen Wohnraum in unserem Bundesland gibt, ist die Wohnunterstützung eine unverzichtbare Hilfe. Gerade Menschen mit niedrigem Einkommen können in eine Notlage geraten, wenn sie wochen- oder monatelang keine Beihilfe beziehen. Die geltende Regelung ist unfair, weil die Betroffenen oft nichts dafür können, wenn sie die Unterlagen nicht sofort vorlegen können.“



## Wohnbeihilfe und Wohnunterstützung

Bei der Wohnbeihilfe gibt es lange Wartezeiten. Früher wurde die Wohnbeihilfe ab dem Tag der Antragstellung gewährt (und später nachgezahlt), auch wenn Unterlagen erst später nachgereicht wurden.

Neuerdings wird die Wohnunterstützung aber erst ab dem Tag genehmigt, an dem der Behörde alle erforderlichen Unterlagen vorliegen. Das ist aber nach einem Wohnungswechsel selten ohne lange Verzögerungen möglich.

## Geschichten aus Jugoslawien

# Der VW Golf und seine Klimaanlage

Mein Vater pflegte immer zu sagen, dass ein durchschnittlicher bosnischer junger Mann sein ganzes Leben danach strebt, einen VW Golf III zu kaufen. Als Österreicher kann man sich gar nicht vorstellen, dass es nur 300 Kilometer von dem Grenzübergang Spielfeld entfernt ein Land gibt, indem die Zeit größtenteils stehen geblieben zu sein scheint. Prinzipiell hat man das Gefühl, dass alle Fahrzeuge der Typen VW Golf I und VW Golf II der gesamten Europäischen Union in diesem Land gelandet sind.

Die Beliebtheit dieser Fahrzeuge hat auch einen Grund. Von 1972 bis 1992, also bis zum Beginn des Bosnienkrieges, wurden in der „Tvornica Automobila Sarajevo“ in Vogošća, einem Vorort von Sarajevo, Fahrzeuge der Marke Volkswagen produziert. Zu Beginn nur der VW Käfer, später auch der VW Golf I, der VW Caddy, der VW Golf II und auch der VW Jetta II. So konnte man auch in Jugoslawien „ausländische“ Fahrzeuge erwerben.

Jetzt wird sich sicher jemand fragen, ob wohl meine Familie eine derjenigen Familien war, die so ein Fahrzeug damals schon fuhren. Nein, mein Vater unterstützte die Produktion der heimischen Marke und fuhr natürlich einen Yugo 55 der Firma „Zastava“ aus Kragujevac. Mit diesem Fahrzeug flüchteten wir auch nach Österreich, ähnlich wie in einem Lied der Band „Zabranjeno Pušenje“. Hier kann ich eine lustige Geschichte erzählen: Als meine Eltern endlich finanziell im Stande waren, ein Fahrzeug in Österreich anzumelden, blieben sie natürlich bei ihrem Yugo, jedoch entfernte mein Vater das Y von dem Zeichen am Fahrzeug, sodass aus dem Yugo ein ugo wurde und kein rassistischer Unterton mehr vorhanden war. Dann fuhr er irgendwann zu schnell (ich verstehe bis heute nicht wie man mit 55 PS Leistung und dem „offiziell schlechtesten“ Auto

aller Zeiten zu schnell fahren kann) und bekam eine Strafe per Post zugestellt. Da der Österreichischen Polizei dieses Auto unbekannt war, fuhr mein Vater dann auch laut Strafe hoch offiziell einen Ugo der Firma „Zastava“.

Zurück zum Golf. Wie schon erwähnt, werden in Bosnien und Herzegowina Fahrzeuge gefahren, die in Österreich nur mehr als Oldtimer oder Youngtimer zugelassen sind. So bekam ich auch einmal die Ehre, einen Opel Kadett des Baujahrs 1988 zu fahren. Es war das alte Fahrzeug meines Onkels. Bevor ich mit dem Flitzer herumdüste, sagte mir mein Onkel noch, dass die Bremsen nicht mehr ganz so gut seien und ich eher mit der Gangschaltung bremsen sollte. Naja, im Endeffekt ging der dritte Gang nicht rein, und die Bremsleistung war so „gut“, dass das Fahrzeug aus dem zweiten Gang ca. 20 Meter bis zum völligen Stillstand bei voll durchgedrückter Bremse brauchte. Es war trotzdem lustig.

Ein wirklicher Klassiker jedoch, den ich lieben gelernt habe, ist der VW Golf II. Er kann jedes noch so abgelegene Dorf erklimmen, egal ob die Straße nur für Traktoren geeignet ist oder von Downhill-Mountainbikern genutzt wird, der Golf II schafft es trotzdem. Außerdem reagiert dieses Fahrzeug auf Unfälle nahezu immun – und – man kann es sich fast gar nicht vorstellen, er hat eine sehr gute Innenraumheizung. Der einzige Nachteil dieses Fahrzeuges ist, dass es sich bei tiefen Temperaturen nur sehr schwer anstarten lässt. Ein Freund von mir gehört zu jenen, die aus tiefster Überzeugung einen Golf II fahren, oder besser gesagt, sich kein besseres Fahrzeug leisten können, denn jeder Mensch strebt ja bekannterweise immer nach mehr (in diesem Fall: nach einem VW Golf III). Ich habe ihn einmal in einem Winter gefragt, wie er denn sein Fahrzeug anstarte. Er meinte: „Durch Bewegung natürlich.“ Da

ich das nicht ganz verstand, bekam ich eine Erklärung: Man schiebt das Fahrzeug an ein leichtes Gefälle oder parkt es gleich an einem Gefälle, danach wärmt man die Glühkerzen vor, indem man einmal den Schlüssel bis zum ersten Anschlag dreht, wenn alle Kontrollleuchten ausgehen, sofern nicht eine oder zwei Kontrollleuchten von sich aus leuchten, dreht man wieder zurück und macht dies noch ein zweites Mal. Dann versucht man das Auto anzustarten und gleichzeitig lässt man die Bremse los. Wenn sich das Fahrzeug dann wie ein Traktor anhört, hat man es geschafft. Das Fahrzeug fährt.

Eine richtige Klimaanlage hat der Golf II nicht. Wozu auch, die altbewährte „tošiba“-Methode reicht bei den rund 40°C Hochsommertemperaturen in Zentralbosnien vollkommen aus. „Tošiba“ bezeichnet im Prinzip nur ein offenes Fenster. Die richtige Handhabung der „tošiba“ sei jedoch gekannt. Man muss nämlich beachten, dass man für eine angenehme Körperkühlung den Ellenbogen aus dem Fenster hängen lassen muss. Wenn man Raucher ist, und in Bosnien ist nahezu jeder Mensch Raucher, hat es auch den Vorteil, dass man die Zigarette aus dem Fenster halten kann und der Windzug gleichzeitig die Asche entfernt. So kann man den im Auto integrierten Aschenbecher



Von Nadža Kulo  
Aus der Zeitung der KPÖ  
Kapfenberg

im Sommer als Kaugummi- oder Münzspender umfunktionieren. Die ausgerauchte Zigarette wirft man dann, wie auch nicht anders zu erwarten, aus dem Fenster und riskiert dabei die halbe Stadt anzuzünden, aber das passiert im Regelfall eher selten und Zigarettenfilter sind ja, zumindest in Bosnien und Herzegowina, obwohl sie aus dem gleichen Material hergestellt werden wie auch im Rest der Welt, „biologisch leicht abbaubar“ und richten „keinen“ Schaden für das Ökosystem an.

Ich bin Raucherin und mein Renault Clio hat einen defekten Klimakompressor, doch ich habe es bis heute noch nie übers Herz gebracht, die „tošiba“-Methode zu perfektionieren. Aus welchem Grund auch immer.



Der Zastava Yugo 455

# Nepp bei Schlüsseldienst

Bei Türöffnungen ist Vorsicht geboten! Schlüsseldienste, die sich im Internet als seriös und regional vermarkten, stellen sich leider oft als betrügerisch heraus.

Sucht man im Internet nach Schlüsseldiensten, erscheinen als erste Meldungen Unternehmen, die mit angeblichen Bestpreisgarantien, Seriosität und kostenlosen Rufnummern locken.

Dahinter verstecken sich jedoch immer wieder Scheinfirmen oder Vermittlungsagenturen, meist mit Sitz im Ausland, welche dann „Partnerdienste“ vermitteln. Dass diese namenlosen Partnerdienste weder aus der Region kommen noch seriös sind, erfahren wir immer wieder. Im jüngsten Fall musste eine Donawitzerin über 500 Euro berappen und hatte am Ende sogar eine kaputte Tür zu ersetzen – auf eigene Kosten. Möglich macht diese betrügerischen Geschäftspraktiken die Dienstleistungsrichtlinie der EU, wonach jedermann überall geschäftlich tätig werden kann. Dass dies nebenbei auch die Löhne und Sozialstrukturen in EU-Europa ruiniert, sei angemerkt.

Die steirische Arbeiterkammer warnt immer wieder vor unseriösen Geschäftemachern unter den Online-Schlüsseldiensten. Im Schadensfall empfiehlt die AK Anzeige bei der Polizei zu machen und nach Möglichkeit beim Kreditkarteninstitut bzw. der Bank um Rücküberweisung der gezahlten Beträge anzusuchen.

**Wir empfehlen, bei Türöffnungen nur auf regionale, bekannte Schlüsseldienste zurückzugreifen.**



**Alle Räder stehen still wenn dein starker Arm es will**

**KPO**



## zitiert

Die Konkurrenz ist der vollkommene Ausdruck des in der modernen bürgerlichen Gesellschaft herrschenden Kriegs Aller gegen Alle. Dieser Krieg, ein Krieg um das Leben, um die Existenz, um alles, also auch im Notfalle ein Krieg auf Leben und Tod, besteht nicht nur zwischen den verschiedenen Klassen der Gesellschaft, sondern auch

zwischen den einzelnen Mitgliedern dieser Klassen; jeder ist dem andern im Wege, und jeder sucht daher auch alle, die ihm im Wege sind, zu verdrängen und sich an ihre Stelle zu setzen. Die Arbeiter konkurrieren unter sich, wie die Bourgeois unter sich konkurrieren.

*Friedrich Engels,  
Zur Lage der arbeitenden Klasse*



Demonstration gegen den 12-Stunden-Tag in Wien: Über Hunderttausend arbeitende Menschen aus ganz Österreich kamen.

## Fachkräftemangel?

Wirtschaftskammer und Industriellenvereinigung jammern oft über einen Fachkräftemangel im Land. Dass sie nur junge, männliche Wunderwuzzis suchen, die fast gratis arbeiten, sagen sie nicht dazu.

In Wirklichkeit kommt der Fachkräftemangel von schlechter Bezahlung und Arbeitszeiten, die nicht mit Familien- und Privatleben vereinbar sind. Auch reichen die Qualifikationen oft nicht, weil „langjährige Berufserfahrung“ gefordert wird. Claudia Klimt-Weithaler: „Bessere Bezahlung würde helfen“.

Beratung in Fragen von  
**ARBEIT und BERUF**



**GLB-KPO**

Rufen Sie an!

**0677 / 612 538 99**

E-Mail: [glb@glb-steiermark.at](mailto:glb@glb-steiermark.at) • <http://www.glb-steiermark.at>



Gewerkschaftlicher Linksblock im

**OGB**

# Rückschlag für leistbares Wohnen

## Lift: Kostenfalle durch Landesgesetz – über 2000 Häuser betroffen

**Die Nachrüstung von Liftanlagen bringt viele Bewohner von steirischen Wohnhäusern in finanzielle Notlage durch höhere Mieten.**

Seit 2015 hat die Steiermark ein Gesetz, das Liftanlagen im privaten und gewerblichen Bereich regelt. Trotz gegenteiliger Beteuerungen ergeben sich daraus für manche Wohnhäuser teure Nachrüstungen, dass Betroffene in ihrer Existenz bedroht sind.

### Sanierungen trotz regelmäßiger Liftwartung

Der Schwerpunkt des Hebeanlagengesetzes (StHebAG) liegt bei sicherheitstechnischen Prüfungen und Nachrüstungen für bestehende Aufzüge. Nun sind die ersten Anlagen in der Steiermark einer Sicherheitsprüfung unterzogen worden. Das Ergebnis ist für die Bewohner der betroffenen Häuser schockierend: Obwohl die Liftanlagen – zu nicht unerheblichen Wartungskosten von etwa 8.000 Euro jährlich pro Lift – immer gewartet und durch den TÜV „gut“ befunden wurden, fallen Kosten an, die die in den Erläuterungen zum Gesetz genannte Kostenobergrenze von 35.000 Euro bei weitem überschreiten.

In einem Fall musste ein Lift aufgrund der gesetzlichen Vorgaben erneuert werden. Weil dafür auch die Niederspannungsanlage komplett ausgetauscht werden muss, müssen alle Wohnungen und Sicherungskästen mit Brandschutztüren ausgestattet werden. So summieren sich die Kosten auf 225.000 Euro – Für mehrere Parteien im Haus würde das den Ruin bedeuten.

In Graz wurden für einige Anlagen Kostenvoranschläge von bis zu 80.000 Euro pro Lift vorgelegt. Betroffen sind besonders Häuser, die vor mehr als 40 Jahren gebaut wurden. Gerade in diesen Häusern leben naturgemäß meist ältere Menschen, die über kein hohes Einkommen verfügen. Noch dazu sind bei diesen

Gebäuden wegen anderer Sanierungsmaßnahmen die Rücklagen aufgebraucht. Werden die Fristen für die Nachrüstungen nicht eingehalten, muss die Behörde den Betrieb untersagen. Für die teils betagten Bewohner wäre die Stilllegung der Lifte unzumutbar.

Es ist offensichtlich, dass hier ein Pfusch beim Gesetz vorliegt. Rechtlich wäre es ohne weiteres möglich, die zugrundeliegende „Norm“ (95/216/EG) ist nur eine unverbindliche Empfehlung aus dem Jahr 1995, kein zwingendes EU-Recht.

### 534 Aufzüge

In der Steiermark sind 534 Aufzüge aufgrund der neuen Bestimmungen umfassend zu sanie-

ren. Weitere 500 bis 600 Aufzüge sind einer Teilsanierung zu unterziehen. Da die Gesamtanzahl der Anlagen bei insgesamt ca. 2400 Anlagen liegt, müsste fast die Hälfte aller privaten Liftanlagen in den nächsten Jahren umfassend saniert werden!

KPÖ-Landtagsabgeordnete Claudia Klimt-Weithaler: „Von diesem Gesetz sind mehrere tausend Haushalte betroffen. Viele werden mit sehr hohen Kosten konfrontiert sein, obwohl die Lifte immer korrekt gewartet wurden. Das Problem muss schnell behoben werden, außerdem haben wir vorgeschlagen, Betroffene mit Förderungen zu unterstützen. Andernfalls werden nicht wenige gezwungen sein, ihre Wohnung zu verkaufen.“

In einer Befragung von Landesrat Anton Lang (SPÖ) durch KPÖ-Abgeordnete Claudia Klimt-

Weithaler am 18. September 2018 verneinte dieser, dass eine Hilfeleistung durch das Land geplant sei, wie sie zB. in Wien existiert. Auch Landesrat Seitinger (ÖVP) stellte eine Unterstützung in Aussicht.

Die KPÖ setzt sich dafür ein, dass die Neuregelung rückgängig gemacht wird. Oder das Land soll bei den Kosten einspringen.

### Unterschreiben auch Sie!

Die parlamentarische Initiative der KPÖ „Wohnen darf nicht arm machen!“ kann auf der Webseite des Parlaments noch unterstützt werden: [www.parlament.gv.at](http://www.parlament.gv.at) „Wohnen darf nicht arm machen“.  
[tinyurl.com/wohnpetition](http://tinyurl.com/wohnpetition)

### Totalabverkauf der Landesbank

Bereits vor dem Sommer verkaufte die Landesregierung die restlichen Anteile der Hypo-Landesbank an den Raiffeisen-Konzern. Damit gibt das Land Steiermark den letzten Rest Kontrolle am Bankensektor auf, kritisierte KPÖ-LABg. Werner Murgg.

1995 wurde die Landes-Hypothekenbank Steiermark in eine Aktiengesellschaft umgewandelt, das Land Steiermark blieb aber alleiniger Eigentümer. 1998 wurden zuerst 49 % der Anteile an die Raiffeisen-Landesbank Steiermark verkauft, 2002 weitere 25 Prozent. Dem Land verblieben 25 Prozent plus eine Aktie. Dieser Restanteil wandert nun um 52 Millionen Euro ebenfalls an Raiffeisen. Damit führt Vize-Landeshauptmann Michael Schickhofer als Beteiligungsreferent zu Ende, was seine Vorgänger begonnen haben: den Totalabverkauf der steirischen Landesbank.



Tausende Liftanlagen in der Steiermark sind von neuem Gesetz betroffen. Auf die Mieter und Eigentümer kommen hohe Kosten zu.

# Spielsucht zerstört Existenzen

**Der Werkstatthof bietet Spielsüchtigen einen Bewegungsraum und die Möglichkeit, sich produktiv und kreativ zu betätigen.**

„Spielsucht ist tückisch. Als Familienmitglied, Freund oder auch als Arbeitskollege kann es sein, dass man jahrelang nichts von der Krankheit merkt. Eines Tages platzt die Blase und Existenzen werden zerstört“, schildert Gerald

Pfeiffer. Er weiß, wovon er redet, denn er hat es selbst durchgemacht. Bereits in den 90er-Jahren begann seine Spielsucht. Zuerst schleichend, erst nach und nach wurde es ihm bewusst.

Im Jahr 2000 lernte er seine Frau kennen. Ein Kind vollendete ihr Glück. Die Spielsucht wurde eine Zeit lang verdrängt. Ende 2003 kam der Rückfall. „Niemand merkte, dass ich spielsüchtig war. Nicht meine Familie, nicht meine Kollegen. Obwohl die Spielsucht dich verändert: Du wirst einzelgängerisch und lügst.“ 2012 hatte sich alles aufgestaut, sodass es Pfeiffer nicht mehr verbergen konnte. Er hatte bis dahin mehr als 800.000 Euro verspielt, Firmengelder veruntreut. Als er sein Vergehen eingestand, wurde er fristlos entlassen.

## Werkstatthof für Spielsüchtige

Graz, Kärntnerstraße 25/1.  
Freitag bis Sonntag und an Feiertagen: 14-20 Uhr  
Projektleiter Gerald Pfeiffer:  
0664/800 062 218



Werkstatthof: Therapieeinrichtung für Spielsüchtige

## Projekt zur Therapie

Aus Erfahrung weiß der 53-jährige, dass eine Therapie unerlässlich ist. „Ich selbst habe verschiedene Therapieangebote genutzt: Einzeltherapie, Selbsthilfegruppen und geleitete Gruppen. In meiner Freizeit habe ich mich handwerklich betätigt. Das hat mir sehr geholfen“, so Pfeiffer. „Man muss sich Aktivitäten zwischen den Therapien suchen, Hobbys, Interessen entwickeln, Sozialkontakte pflegen.“ Diese Erfahrungen hat er in ein Projekt verwandelt, das anderen Spielsüchtigen helfen kann.

In Zusammenarbeit mit Jugend am Werk konnte das Projekt „Werkstatthof“ in der Kärntnerstraße 25 ins Leben gerufen werden. „Es ist ein Ort, wo sich Spielsüchtige austauschen und sich handwerklich betätigen können. Therapieeinrichtungen haben nur werktags geöffnet. Bei uns können die Leute samstags, sonntags und an Feiertagen vorbeikommen und sich austauschen. Wir sind ohne Ausnahme immer hier und bieten damit eine sichere Anlaufstelle“, schildert Pfeiffer. Im Vordergrund stehen der Erfahrungsaustausch und natürlich die handwerkliche

Betätigung, aber auch soziale Kontakte und die Steigerung des Selbstwerts nach Vollendung eines Werkstücks sind sehr wichtig.

„Im Jänner 2017 hatten wir unsere offizielle Eröffnung. Unser Projekt ist nicht überlaufen. Wir kümmern uns um jeden Menschen, der sich telefonisch oder persönlich an uns wendet“, erklärt der Projektleiter.

Neben diesem Projekt arbeitet Gerald Pfeiffer präventiv gegen Spielsucht. Er geht in Schulen, erzählt seine Geschichte und von den Auswirkungen auf sein Leben, die noch lange anhalten werden.

## Noch viel Arbeit

Claudia Klimt-Weithaler, Landtagsabgeordnete der KPÖ, setzt sich dafür ein, dass die Geschäftemacherei mit der Spielsucht verboten wird. „Bei den Sportwetten ist die Steiermark zumindest auf dem richtigen Weg, beim Automatenspiel ist der Schutz aber völlig unzureichend. Spielsüchtige können über 30.000 Euro in einer Stunde (!) verspielen. Das Gesetz nützt nur den Automatenbetreibern. Die KPÖ fordert den Ausstieg aus dem ‚kleinen Glücksspiel‘.“

## KPÖ für Glücksspiel-Werbeverbot

**Seit Jahren kämpft die KPÖ gegen die Geschäftemacherei mit der Spielsucht.**

In den vergangenen Jahren wurden die gesetzlichen Grundlagen für viele Formen des Glücksspiels bundesweit und in der Steiermark neu geregelt. Dabei stand oft weniger der Schutz von Spielsüchtigen und deren Angehörigen im Vordergrund, sondern die Profitinteressen der Glücksspiel- und Wettindustrie. Die KPÖ fordert, nach dem Vorbild Italiens Werbung für Glücksspiele zu verbannen.

Glücksspiel und Wetten richten großen gesellschaftlichen Schaden an. Pathologische Spieler vernichten oft nicht nur ihre eigene Existenz, sondern die ihrer ganzen Familie. Nicht

selten kommt es zu kriminellen Handlungen zur Finanzierung der Spielsucht. Spielsüchtige sind oft hoch verschuldet. Trotzdem werden Glücksspielautomaten und Wetten in der Werbung als harmloses Vergnügen dargestellt. Besonders bedenklich ist das Sponsoring von Sportvereinen durch Wettkonzerne.





# JAHRE KPÖ

Die KPÖ entstand nach dem Zusammenbruch der europäischen Mächte, die den grausamen 1. Weltkrieg entfesselt hatten. Es ging um den Aufbau einer neuen sozialen Ordnung in der die Arbeiterklasse das Sagen hat. Es kam leider anders. Tausende Kommunistinnen und Kommunisten kämpften für ein freies und demokratisches Österreich gegen Faschismus und Krieg, viele von ihnen wurden von den Nazis ermordet.

In den Jahrzehnten nach der Befreiung vom Nationalsozialismus war die KPÖ ein wichtiger Motor sozialer und gewerkschaftlicher Bewegungen. Sie trat für

Gleichberechtigung, Frieden und Abrüstung ein und organisierte internationale Solidarität – für die kubanische Revolution, gegen den Krieg in Vietnam, gegen den Militärputsch in Chile oder gegen das Apartheid-Regime in Südafrika.

Heute ist die KPÖ in der Steiermark eine laute Stimme und eine verlässliche Kraft für alle, die keine finanzstarke Lobby haben. Gemeinsam mit der Bevölkerung setzen wir uns für leistbares Wohnen, höhere Löhne, ein solidarisches Gesundheitswesen und kostenlose Bildung ein und bemühen uns, Menschen in Notlagen zu helfen, wo immer wir können.

**100 Jahre KPÖ** bedeuten schließlich auch eine grundlegende Alternative zum Kapitalismus. Wir halten fest am Ziel, die Herrschaft der Banken und Konzerne zu überwinden und die Menschen und die Natur in einer sozialistischen Gesellschaft ins Zentrum zu rücken.

**100 Jahre KPÖ** sind ein Grund zu feiern und mit diesem Fest zugleich allen zu danken, die uns auf vielfältige Weise begleitet, geholfen und unterstützt haben. Und natürlich auch um all jene einzuladen, die neugierig geworden sind und uns kennenlernen wollen.

## Veranstaltungen zum Jahrestag:

### 26. Oktober 2018, 14 Uhr – Kunsthaus Mürzzuschlag

Festrede zum Neutralitätsfeiertag Hannes Hofbauer, Autor und Verleger  
Musiktheater: **OPA, REBELL** – um den obersteirischen Partisanen Sepp Filz

## ALLE haben einen OPA – SO EINEN nur WENIGE...

### Musiktheater über den obersteirischen Arbeiter und Partisanen SEPP FILZ

...seine Arbeitskämpfe, seine Wälsch, sein bewaffneter Widerstand gegen die Nazidiktatur.

Acht Songs illustrieren diese einmalige Lebensgeschichte vom Zerfall der Monarchie über Austrofaschismus und Faschismus bis zum Staatsvertrag. Die Geschichte der steirischen Arbeiterbewegung bekommt einen Namen.

Der trofaiacher Theaterautor Wini Hofer entwirft das Porträt des donawitzer Arbeiters vor einer oft vertuschten Zeitkulisse. Die 33-jährige Iris Stern vertont 7 Songs des Autors – vom Matrosenaufstand von Cattaro bis zum Todesmarsch ungarischer Juden nach Mauthausen. Die Wiener Formation „Geschichten im Ernst“ stellt das Musiktheaterprojekt mit Schauspielerinnen Christina „Nena“ Kiesler auf die Bühne.

## Das knallrote Geburtstagsfest

### 17. November, ab 14 Uhr im Volkshaus Graz

Die KPÖ feiert ihren 100. Geburtstag. Aus diesem Anlass laden wir am Samstag, 17. November, zu einem Fest mit vielen interessanten Beiträgen im Grazer Volkshaus. Beginn ist 14 Uhr.

Nach der Begrüßung durch LAbg. Claudia Klimt-Weithaler tritt der berühmte **Triestiner Partisanenchor** auf.

Ernest Kaltenecker und Franz Stephan Parteder erzählen aus der Geschichte der KPÖ. Aufgelockert wird der Abend mit vielfältigen Beiträgen und Videos.

Neben einer Lesung von **Erich Hackl** werden Auszüge des Musiktheaters „Geschichten im Ernst“ präsentiert, auch **Kurt Palm** ist zu Gast. Vor dem Abendprogramm gibt es Gstanzln von **H.P. Falkner** und **Markus Binder**.

Das Abendprogramm bestreiten **ATTWENGER**.

Der Abend klingt mit DJ Adriana Celentana & Top\*S aus.

STEIRISCHE  
**Volksstimme**

**KPÖ**  
BILDUNGSVEREIN

<http://kpoe-bildungsverein.at/>

## PROGRAMM

Alle Veranstaltungen, wenn nicht anders angegeben, im Volkshaus Graz, KPÖ-Bildungszentrum, Lagergasse 98a

Tel. 0316 / 71 29 59

[bildungsverein.kpoe-steiermark.at](mailto:bildungsverein.kpoe-steiermark.at)

[www.volkshaus-graz.at](http://www.volkshaus-graz.at)

**VOLKSHAUSGRAZ**  
LJUDSKIDOMGRADEC

**BIBLIOTHEK**  
des KPÖ Bildungsvereins

im Volkshaus Graz  
Nach Vereinbarung für alle  
zugänglich



Schwerpunkte sind Arbeiterbewegung, marxistische Klassiker sowie antifaschistischer Widerstand. Wir haben Bücher abzugeben.

Tel. Bernd Mugele 0664/736 46417

<http://kpoe-bildungsverein.at>

STEIRISCHE  
**Volksstimme**

**Impressum:** Medieninhaber, Herausgeber, Hersteller und Verleger: Landtagsklub der KPÖ Steiermark, Herrengasse 16/3, 8010 Graz. Für den Inhalt verantwortlich: Andreas Fuchs. Verlags- und Herstellungsort: m-4, Graz. Tel. 0316 / 877-5102. Fax 0317 / 877-5108

E-Mail: [volksstimme@kpoe-graz.at](mailto:volksstimme@kpoe-graz.at) // DVR: 0600008

**Offenlegung:** Das Grazer Stadtblatt / die Steirische Volksstimme – Informationsblatt der KP Steiermark ist ein Regionalmedium und dient der Information der steirischen Bevölkerung im Sinne der Arbeit der KPÖ Steiermark. Das Blatt ist unabhängig von kommerziellen Interessen und tritt für eine Stärkung des solidarischen Sozialsystems und gegen die Privatisierung von öffentlichem Eigentum und öffentlichen Dienstleistungen ein.



## Gleiche Bezahlung für Frauen und Männer!



Am 14. Oktober 2018 haben Männer in der Steiermark bereits jenes Einkommen erzielt, für das Frauen noch bis zum 31. Dezember arbeiten müssen. Doch das ist noch nicht alles: Frauen müssen in Österreich meist ein ganzes Leben lang mit weniger Geld auskommen als Männer. Das ist besonders in der Pension ein Problem, weil viele Frauen von Altersarmut betroffen sind, auch wenn sie ihr Leben lang gearbeitet haben. Die KPÖ hat eine Aktion in der Grazer Herrengasse durchgeführt, um darauf aufmerksam zu machen.

Im Bild: KPÖ-LABg. Claudia Klimt-Weithaler, Anne Rieger, Elke Heinrichs und der Grazer KPÖ-Stadtrat Robert Krotzer.

### Sagen Sie uns Ihre Meinung! Unter den Einsendungen verlosen wir kleine Buch- und Sachpreise (T-Shirts)

Die KPÖ fordert, die steirischen Polit-Einkommen (Seite 2) um 30 % zu senken. Ist das gerechtfertigt?

- JA, bei Monatsgehältern von über 10.000 Euro geht das Gespür für die Probleme der Menschen mit kleinen Einkommen verloren.
- NEIN, bei geringeren Bezügen werden die besten Leute lieber in die Privatwirtschaft gehen.

Gedanken und Anregungen:

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

Informieren Sie mich kostenlos und unverbindlich zur Politik der steirischen KPÖ – Zusendung Volksstimme und Infoblatt-Landtag.

Name:

Adresse, E-Mail:

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

**KPÖ**  
STEIERMARK

# Für Sie da

**Claudia Klimt-Weithaler**  
Ihre Vertreterin im Landtag Steiermark

E-Mail: [ltk-kpoe@stmk.gv.at](mailto:ltk-kpoe@stmk.gv.at) • [www.kpoe-steiermark.at](http://www.kpoe-steiermark.at)  
Tel. 0316 / 877-5104

## Streichung der Erhöhten Familienbeihilfe

**Menschen mit Behinderung wird seit August 2018 die erhöhte Familienbeihilfe gestrichen.**

Im Sommer wurde die Auszahlung der erhöhten Familienbeihilfe gestoppt. Betroffen sind Menschen über 18, die

für ihre Arbeit in Behinderten-Werkstätten oder in Betrieben der Behindertenhilfe nur rund 60 Euro Taschengeld erhalten.

Nach heftigem Protest hatte die Familienministerin Bogner-Strauß (ÖVP) eine Reparatur angekündigt.

Konkret: Behinderte Menschen sollen die erhöhte Familienbeihilfe verlieren, wenn sie die bedarfsorientierte Mindestsicherung beziehen oder in einer betreuten Einrichtung untergebracht sind. Die KPÖ wird dieses Thema aufgreifen. „Die Politik des Drüberfahrens über jene, die sich nicht zur Wehr setzen können, lassen wir uns nicht bieten“, so Christian Seidl, KPÖ-Gemeinderat in Kapfenberg.



An die

**STEIRISCHE  
Volksstimme**

Claudia Klimt-Weithaler  
Landhaus, Herrengasse 16  
8010 Graz

Fax: 0316 / 877 51 08

E-Mail: [kpoe-ltk@stmk.gv.at](mailto:kpoe-ltk@stmk.gv.at)

**RAT UND HILFE IN MIET-  
WOHNUNGSFRAGEN**

**Mieterschutzverband  
Steiermark**

Sparbersbachgasse 61

Tel. 0316 / 38 48 30

Sprechstunden – Bitte  
um telefonische Voranmeldung!

[www.mieterschutzverband.at](http://www.mieterschutzverband.at)



**ZVP**  
Zentralverband der  
Pensionisten

**SPRECH-  
STUNDEN**

MO. bis DO. von  
10 bis 12 Uhr  
Lagergasse 98a, 8020 Graz  
E-Mail: zentralverband@kpoe-  
steiermark.at

☎ **0316/ 71 24 80**  
Vor Anmeldung erbeten.

**Rat und Hilfe**

für ältere Menschen  
bei Anträgen um  
Pflegegeld, Pension.  
Ausfüllen von  
Formularen.

Erklärung zur Arbeit-  
nehmerveranlagung  
(=Jahresausgleich).  
Geselligkeit.

Ausflüge, Reisen,  
Turnen.

Auskunft zu den  
Ortsgruppen:  
0316/ 71 24 80



**Tiere suchen ein Zuhause**

**TIERECKE**

Beim Landestierschutzverein warten Haustiere auf neue Besitzer;  
oder entlaufene Lieblinge auf ihre alten...

Folgende Tiere vermitteln die Tierheime des Landestierschutzvereins,  
Graz, Grabenstraße 113, Tel. 0316 / 68 42 12 www.landestierschutzverein.at  
Murtal, Murweg 3, 8723 Kobenz, Tel. 03512 / 49575



**Sam:** Der einjährige Sam ist ein Staffordshire Terrier und bereits kastriert. Er sucht einen Liebhaber seiner Rasse, der ihm alles beibringt, was er bisher versäumt hat. Er muss ausgepowert werden, denn er hat Energie ohne Ende. Mit anderen Hunden versteht er sich sehr gut.



**Edi,** einjähriger Staffordshire Terrier, der leider bisher fast nur im Zwinger gehalten wurde. Ist wissbegierig, lebhaft und braucht Hundekenner, die am besten die Hundeschule mit ihm besuchen. Freundlicher kastrierter Rüde, der dringend Familienanschluss benötigt.



**Frodo:** Der kleinwüchsige Chihuahua mischlingsrüde Frodo ist erst 5 Monate alt. Er ist anfangs etwas schüchtern, taut aber bei liebevoller Behandlung bald auf. Frodo muss erst das Hunde Einmaleins lernen und freut sich schon sehr auf geduldige Hundefreunde!



**Peppi:** Der ca. 8-jährige Peppi kam als Findling ins Tierheim und wurde nie vom Besitzer abgeholt. Er ist eher gemächlich, geht aber sehr gerne spazieren und genießt die Aufmerksamkeit. Er ist ein mittelgroßer, sehr freundlicher Rüde.



**Farah:** Die weiß-gegetigerte Katze Farah war ein Findling, der nie vermisst wurde. Sie wird auf ca. 5 Jahre geschätzt und freut sich schon auf ein neues Zuhause mit Freigang. Farah zeigt sich bis jetzt eher ruhig.



Kater **Chivas:** Der ca. 8-jährige, kastrierte Langhaarkater Chivas ist ein eher ruhiger Kater, der ganz genau weiß, wann er Zuneigung vom Menschen möchte und wann nicht. Daher sollte er besser in ein Zuhause ohne kleine Kinder kommen. Chivas ist ein Wohnungskater.



**Grace** ist geschätzte 5 Jahre alt und kastriert. Sie kam wegen einer Delogierung ins Tierheim. Die kastrierte Katzendame ist eher ruhig und braucht einige Zeit, um sich wohlfühlen. Sie hätte gerne endlich ein Zuhause für immer.



**Meerschweinchen:** Wegen schlechter Haltung wurden mehr als hundert Meerschweinchen vom Amt abgenommen. Nun warten sie im Tierheim auf die besten Plätze bei Meerschweinchenliebhabern.

**Ein Werksarbeiter erzählt**

Lesung und Buchpräsentation der Erzählung „Stramm“ am 21. und 23. November 2018 in Mürzzuschlag und Hönigsberg. Von Gue Schmidt und Werner Lang.

Werner Lang wurde in Hönigsberg geboren und trat mit 15 Jahren in die Lehrwerkstätte von Schöller Bleckmann Mürzzuschlag/Hönigsberg ein. Danach arbeitete er als Betriebsschlosser in den Reparaturwerkstätten der VEW in Mürzzuschlag und Hönigsberg gearbeitet. Er wurde am

2. Oktober 1981 mit der Begründung eines „Unberechtigten vorzeitigen Austritts ohne wichtigen Grund“ von Dipl. Ing Kaiserfeld und Bgm. Kotrba gekündigt. Danach musste er Mürzzuschlag/Hönigsberg verlassen um wieder Arbeit zu finden. Werner Lang stellt in seinem

Buch wieder Industriearbeiter in den Mittelpunkt seiner Erzählung, nicht nur weil es an der besten Tradition von der Arbeiterliteratur aus den 1970 er Jahren anknüpft, sondern weil er selber Industriearbeiter war. Mit Stramm versuchte er den deformierten Menschen in den Mittelpunkt zu stellen, denn durch die Arbeitsverhältnisse zugefügten Deformationen an Leib und Seele erkennt man die Zerstörungsarbeit der Macht-haber.

Die Fotos zum Erzählband Stramm stammen von Gue Schmidt.



**Wo Ferien noch Ferien sind**

Schöne Ferienwohnungen Nähe Bad Radkersburg zu vermieten. Natur pur. 10.000 Bücher, Radlerparadies. Viel Ruhe. Zwei Thermalbäder in der Nähe.

**3 Komfort-Ferienwohnungen**  
(93 bzw. 63 qm) für 2 – 5 Personen, nicht teuer.

Christel und Dietrich Kittner-Stiftung

<https://hollerhof.at>  
Tel. 03476/ 20525 oder  
0650 /32 87 730



**Notruf 0316/877 5102**

Helfen statt reden. **KPO** wirkt!  
Mit Rat und Tat!

Wir beraten Sie gerne.  
Tel. Anmeldung erbeten. Graz, Landhaus



In diesen Monaten begeht die KPÖ ihr hundertstes Bestandsjubiläum. Selbst in den Jahren des Nationalsozialismus glaubte die KPÖ daran, dass Österreich wieder erstehen wird.



ALLE haben einen OPA

SO EINEN nur WENIGE



**FESTVERANSTALTUNG** zum Neutralitätsfeiertag  
26. Oktober - 14:00 Uhr, Kunsthaus Mürzzuschlag

Festveranstaltung zum  
rot-weiß-roten  
Neutralitätsfeiertag

Festrede  
Hannes Hofbauer  
Autor und Verleger  
15:00 Uhr  
Opa, Rebell,  
Musiktheater über  
SEPP FILZ

# OPA, REBELL

musiktheater um den partisanen sepp filz

1918 **KPÖ** 2018  
**100**

**100 Jahre**  
**KPÖ**

Ein knallrotes Fest  
zum 100. Geburtstag

**ATTWENGER**  
TRIESTINER PARTISANENCHOR  
UND VIELES MEHR!

**17. NOVEMBER**  
Volkshaus Graz • Beginn: 14 Uhr